

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pro Nummer:
Dienstag 3.30 Mk., monatlich 1.10 Mk.,
wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Bentz-Strasse 2.

Donnerstag, den 11. November 1897.

Expedition: SW. 19, Bentz-Strasse 3.

Quittung.

Im Monat Oktober gingen bei dem Unterzeichneten folgende Parteibeiträge ein:

- Hugsburg, U. 20., Achim bei Bremen, durch den Vertrauensmann 80., Achim, von den Fabrikarb. bei Bade u. Burger 5.,
Nachen, durch den Vertrauensmann 100., Nachen 8., Altona 1500.,
Berlin, Beiträge der Wahlkreise: 2. Kr. 898,88 (darunter Ueberschuss vom 'Jakob' 3,48); 4. Kr. Südost 1500., (darunter: Wer hat die Säge? 56,75, Vergolder Muskanerstr. 7, Vierprozent-Schriftsterei Wähler 125,-); 6. Kr. Schönhauser Vorstadt 700., (darunter C. Grotmann 2,-), Berlin, diverse Beiträge: A. B. 50., P. S. 50., Dr. L. H. 50., E. G. 5., Ohne Zwang 100., Großdörfchenstr. 40., M. W. 5., H. B. 20., Arbeiter und Arbeiterinnen der Buchbinderei v. Bading 15., M. W. 75., J. W. 25., H. C. Frohmanns Heimath 2., Nothe Buchbinder Grünstr. 5., Von den Vertreterträgern 5,55, Vergolder, Wrangelstr. 6., Chamissoplatz 5 4., Bau Rantestr. Ecke, am Montag 2., A. R., Alexandrinenstr. 25 (Vierprozent) 16., Mitglieder der W.ichen Buchdruckerei 10., Schmale Elzevir 6., Amerik. Auktion bei einer Hochzeitfeier in Nixdorf, A. Sander 2,60, 48 Arbeiter von Schuster u. W. 11,45, St. Lustige Brüder 6., Gefammelt von Malina bei der Geburtstagsfeier von Th. Ritter, Nummernburg 4., Saseon 6,10, Eggersdorf 3., Vom Konzert bei Keller am 19. September 30., Die Müßelpolizei von F. A. Treue 5., Vermburg 10., Wamberg, Jüdlein Röhbach 5., Pant 500., Vern, P. L. 50., Cottbus, S. 10., Crimmitschau 300., Charlottenburg, freiwillige Sammlung von Studicaturen, welche am 1. Mai arbeiten mußten 75,50, Charlottenburg, d. D. 60., Dolau bei Greiz, lustige Säger 4., Durlach, f. Agitation 6., Elsterberg, A. 2., Erfurt 40., Eidel, v. d. E. u. Umg. 20., Freiburg, v. badischen Genossen 50., Falkenberg (Oberschl.) 2., Gießen, G. R. 5., Greiz und Umgegend 50., Gladbach, d. d. Vertrauensmann 25., Gera, v. d. Genossen 50., Hamburg, 2 Kr. C. Im. 10., Hamburg, Getränkeüberseher v. Bau Sewede, Sachsenstr. 5., Hammerbrook, d. Schulz 11., Hamburg, nothleidender Agrarier, Damm 3,80, Hamburg, Ueberschuss Anmelung u. Jenkel d. S. Sch. 27,25, Hamburg, Ueberschuss vom Vergütung d. Essling, Vereinsstr. 52, 25., Hartha i. S. 30., Hattahl, v. Gen. 10., Jöhenslein, Uebersch. v. L. Schmaus a. d. Zeche 5., Hamburg, Uebersch. v. Bau Leimsad 10., Hamburg, Bau Friedrichstr. 8., Uebersch. Martinstr. 4,70, ein Beamter 1., Getränke-Ueberschuss v. größten Bau Hamburgs 12., C. M. 10., Sa. 35,70, Konradsthal i. Schl. 2,50, Ludenwalde, freie Turner 1., Engenburg, L. 400., Leipzig, rother Polzwurm 5, My. 5., Leipzig Stadt und Land 500., Wünnen, Waldläufer 5., Marburg, ein Einjamer 10., Memel, v. d. Genossen 10., Mann im Mond 2400., München, Genossen des Gärtnerplatz-Viertels 20., Nürnberg, fürs Recht gesammelt 5., Nienburg a. S., zum Wahlsond 15., Neuhaubensleben-Polimiriedt, Wahlkreis 80., Offenburg, d. d. Verlag d. 'Volksfreund', darunter 2., vom Landwirth S. in Sch. 22., Oelsnitz i. B., v. d. Arbeitern und Genossen bei der Langtagwahl 50., Ottenfen, durch Posten, 8. Kate 10., Planen i. S., drei Holzwürmer 1,50, Pasing, von Genossen 10., Pinneberg, ein Mitglied 3., Quedlinburg, von Genossen durch Zr. 25., Rudolstadt, Langsald 0,45, Stuttgart, G. U. 10., Stein bei Nürnberg 10., Saarabien, a. d. Königreich Stumm 10., Tellow, Weeslomer Wahlkreis 300., Vorwärts, 3. Quartal 1897 12 028,35, Württemberg 50., Zwickau 2 Gräber 50.,

In der Quittung in Nr. 240 des 'Vorwärts' vom 14. Oktober d. J. muß es nicht heißen Mühlberg, sondern Mühlburg in Baden.

Berlin, den 9. November 1897.
Für den Parteivorstand:
A. Gerisch, Kaybachstr. 9 L.

Kladderadatsch!

Wenn der Reichstag sich gegen die userlosen Plottenpläne sträubt, dann giebt's einen großen Kladderadatsch, so ist mir gesagt worden.

Also sprach der Pascha von Neunkirchen, Freiherr v. Stumm, voriges Frühjahr am Büffet des Reichstages.

Wer es ihm gesagt hat, das deutete Herr v. Stumm sehr deutlich an, er befrüht indes hernach, die Person gemeint zu haben, an die jeder dachte.

Der Reichstag pff auf die userlosen Plottenpläne. Und es gab keine Kladderadatsch — weder einen großen, noch einen kleinen. Gab keinen, obgleich wir eine kleine aber mächtige Klique in Deutschland haben, die seit Jahren emsig daran arbeitet, einen Kladderadatsch zu machen, und die wir deshalb die Kladderadatsch-Klique nennen wollen.

Man kennt die Prozis der Bühnen, daß eine und dieselbe Person verschiedene Personen, eine und dieselbe Personengruppe verschiedene Personengruppen darstellen müssen. Ein Schauspieler spielt zwei, drei Rollen in dem gleichen Stück; und dieselbe Gruppe, die im ersten Akt Landsknechte sind, sind im zweiten Banern und im dritten Ritter mit ihren Knappen.

Neulich unsere Kladderadatsch-Klique. Es sind ihrer nur wenige, allein sie spielen viele Rollen und vervielfältigen sich so.

Betrachten wir alle Kladderadatsch-Aktionen und Feldzüge der letzten 20 Jahre, — sehen wir uns die Helden lobebären an, — es sind immer die nämlichen Gesichter.

Die Judenhasch wird in Szene gesetzt, damit die Aufmerksamkeit vom Spiele der Großkornwucherer abgelenkt werde. Da ist Stöcker, der Scheiterhaufenmann, und hinter ihm Bismarck und die ganze Junker- und Getreidewucherer-Sippe.

Der große Feldzug der Großkornwucherer — für Kornzölle und theures Brot: Bismarck, Ranitz, Kardorff und die ganze Junker- und Wucherer-Sippe.

Der Liebesgaben-Feldzug für die Schnapsbrenner — Bismarck, Stöcker, Kardorff, Ranitz und die ganze Junker- und Wucherer-Sippe.

Der Feldzug für Falschmünzerei, genannt Bimetallismus, auf daß der Junker seine Schulden mit selbstgeprägtem minderwertigen Gelde zahlen kann — Kardorff, Mirbach, die Bismarck-Dynastie und die ganze Junker- und Wucherer-Sippe.

Die Feldzüge gegen die Börse, weil sie dem junkerlichen Großkornwucher im Wege ist, gegen die Margarine, gegen das amerikanische Schwein, gegen die russische Gans, weil Gans, Schwein und Margarine die junkerliche Lebensmittel-Vertheuerung hindern — Kardorff, Mirbach, Ranitz und die ganze Junker- und Wucherer-Sippe.

Und die politischen Feldzüge gegen das allgemeine Wahlrecht, gegen die Reichsverfassung, für den Staatsstreik — immer dieselbe Junker- und Wucherer-Klique.

Die Feldzüge gegen das Freizügigkeits-Gesetz, gegen das Koalitionsrecht — die Sozialistenhasch, der Anarchisten-Lärm, der Umsturz-Lärm — immer dieselbe Junker- und Wucherer-Klique.

In hundertlei Verklappungen immer dieselben, und in allen Verklappungen immer nur das eine Ziel: der kleinen aber mächtigen Kladderadatsch-Klique auf Kosten des Gemeinwessens das Monopol der politischen und wirtschaftlichen Alleinherrschaft zu ergattern und, da dies auf gesetzlichem und friedlichem Wege nicht zu erreichen ist, den Umsturz der Reichsverfassung herbeizuführen und den allgemeinen Kladderadatsch in Gestalt eines Konfliktes zwischen Reichstag und Reichsregierung zu verwirklichen, damit die kleine aber mächtige Kladderadatsch-Klique im Trüben hübsch fischen kann.

Jetzt ist diese Klique daran, den Feldzug gegen das allgemeine Wahlrecht zu organisiren und in Fluß zu bringen. Daß es so wie bisher unter dem Zickzack-Rurs nicht weiter gehen kann, daß dem Zickzack-Rurs selbst die Tage gezählt sind — daß die deutsche Politik in eine Sackgasse gerathen ist und vor der Wahl steht, entweder umzukehren oder ein Loch durch die Mauer zu brechen — das beginnt nachgerade sogar dem trübsten ostelbischen Junkerhirn klar zu werden. Jedoch auch dem trübsten ostelbischen Junkerhirn dämmert die Erkenntnis auf, daß der Staatsstreik, mit dem seit Jahren so frivol gespielt ward, ein zweischneidiges Schwert ist — eine Revolution, die nicht von denen beendigt würde, die sie begonnen haben.

Die Reichsverfassung ist unzweifelhaft widerspruchsvoll. Oben die Fickelhaube des Militärs und Polizeistaats, dessen Spitze das mittelalterliche Gottesgnadenthum darstellt, und unten als Basis das allgemeine Wahlrecht, das heißt das moderne Prinzip der Volkssouveränität, die dem Gottesgnadenthum mit seiner nothwendigen Folge dem persönlichen Regiment schroff und ausschließlich gegenüber steht.

Der Widerstreit dieser zwei feindlichen Prinzipien muß auf die eine oder andere Weise aufgehoben werden. Das junge Prinzip der Volkssouveränität kann zu gunsten des überlebten Gottesgnadenthums nicht abhandeln. Ihm gehört die Zukunft; und dieses ist ein Rest überwundener Vergangenheit. Ein Ausgleich ist nur dadurch möglich, daß das souveräne Recht des deutschen Volkes und der deutschen Volksvertretung rückhaltlos anerkannt wird.

Dies will aber die Kladderadatsch-Klique nicht, und deshalb richtet sie ihre ganze Kraft auf die Beseitigung des allgemeinen Wahlrechts.

Direkt, durch einen Reichstagsbeschluß, läßt sich das allgemeine Wahlrecht nicht beseitigen, denn der Reichstag würde Selbstmord begehen, vernichtete er die Grundlage seines eigenen Seins.

So soll das Umsturzwerk denn auf Umwegen, hinten herum verübt werden. Und heimlich, wo möglich so, daß der Schein gewahrt wird. Wie Klatten, die einen Käse aufressen, die Rinde nicht anrühren, so daß die Rattenarbeit gar nicht bemerkt wird, bis man den Käse aufschneidet, — so wollen die Umsturz-Klatten das allgemeine Wahlrecht wegknappern, das Aeußere und den Namen aber bestehen lassen.

Für den Umsturz des allgemeinen Wahlrechts haben sich in Deutschland seit Jahren der Reihe nach sämtliche Reaktionsparteien erklärt: die Konservativen, die Freikonservativen, die Nationalliberalen, u. d. h. der Anhängel der sehr zahlreichen agrarisch-bimetallistisch-antisemitischen Spielarten.

Alle diese Parteien und Gruppen haben sich wiederholt und unverblümt für den Umsturz des allgemeinen Wahlrechts erklärt durch die Personen ihrer Führer und durch ihre führenden Organe.

Gegenwärtig ist, im Zusammenhang mit der immer akuter werdenden innerpolitischen Krise, die Bewegung gegen das allgemeine Wahlrecht offenbar in ein akutes Stadium gelangt.

Jeder Tag bringt neue Angriffe; und von allen Seiten arbeiten die Gegner; es sind keine vereinzelt Ausbrüche und Vorstöße, es ist ein planmäßiges Handeln.

Die Vorschläge sind verschieden, aber sie gehen sämmtlich auf das gleiche Ziel. Die einen befürworten Oeffentlichkeit der Stimmgabe, d. h. die Entrechtung aller wirtschaftlich und politisch Abhängigen, — und das ist die große Mehrzahl der Bevölkerung.

Die anderen wollen den Wahlzwang, oder, was besser klingt: die Wahlpflicht. Was dieser Wahl-

zwang, der thatsächlich die Wahl und den Wähler unter Polizei-Aufsicht stellen würde, in Wirklichkeit bedeutet, davon hatten wir im Jahre 1887 bei der berühmtesten Falschingswahl einen Vorgeschmack. Obgleich amtlich der Wahlzwang nicht bestand, so bestand er doch bis zu einem gewissen Punkte thatsächlich — durch Einschüchterung und Vorspiegelung falscher Thatfachen von einflußreichster Seite. Die Wirkung war, daß die geängstigten und betrogenen Wähler eine Reichstagsmajorität nach Berlin schickten, die binnen wenigen Wochen den deutschen Steuerzahlern tausend Millionen abnahm und die traurige Bismarck'sche Reaktionswirthschaft zum Unheil des deutschen Volkes noch für drei weitere Jahre über Wasser hielt.

Ein dritter Vorschlag bezweckt die Erhöhung des Alterszensus.

Das Deutsche Reich hat schon jetzt einen nicht zu recht fertigenden Alterszensus. Statt wie in Frankreich, Amerika und anderen Ländern mit allgemeinem Wahlrecht das Wahlalter mit dem Mündigkeitsalter — mit 21 Jahren — beginnen zu lassen, läßt die deutsche Reichsverfassung die politische Mündigkeit erst vier Jahre nach der bürgerlichen Mündigkeit eintreten, wodurch vier Jahrgänge von Staatsbürgern des Wahlrechts beraubt werden. Das genügt jedoch den reaktionären Umstürzern nicht; sie wollen, daß der Alterszensus vom 25. Jahr auf das 30. Jahr erhöht werde. Mit anderen Worten: alle Staatsbürger zwischen 25 und 30 Jahren sollen des Wahlrechts beraubt und politisch entmündigt werden.

So arbeiten und wählen die reaktionären Umstürzler. Gut, daß sie sich in ihrer wahren Gestalt zeigen und dem Volke verrathen, was sie ihm zugehacht haben.

Das nächste Jahr bringt uns die Wahlen für einen neuen Reichstag. Das ist die Zeit der Abrechnung. Da nun ist die beste Gelegenheit, den reaktionären Umstürzern das Handwerk zu legen. Die Wähler Deutschlands werden — daß sind wir sicher — die Gelegenheit gründlich ausnützen und die Personen und Parteien, welche das deutsche Volk durch Vernichtung oder Beschränkung des Reichstags-Wahlrechts ganz oder theilweise zu entmündigen trachten, von der politischen Bühne wegsetzen und unschädlich machen.

Das ist in der Macht der Wähler! Das ist ihr Recht und ihre Pflicht.

Und machten sie von dieser ihrer Macht keinen Gebrauch, sie hätten ihr Schicksal, ihre Schmach und Schande verdient.

Politische Uebersticht.

Berlin, 10. November.

Das Wahlergebnis in der West-Prignitz liegt nun vollkommen vor. Schulz ist mit einer absoluten Mehrheit von 1582 Stimmen gewählt worden. Im ersten Wahlgang waren 5043 konservative, 3148 freisinnige, 2015 sozialdemokratische und 1909 antisemitische Stimmen abgegeben worden. Der Kandidat der freisinnigen Volkspartei hat also diesmal noch 400 Stimmen mehr auf sich vereinigt, als in der Hauptwahl die drei Minoritätsparteien zusammen aufgebracht hatten, während für die konservative Partei diesmal 956 Stimmen mehr abgegeben wurden.

Man sieht hieraus, daß die Wähler eines rechten alt-preussischen Landraths-Wahlkreises erst Muth bekommen müssen, bis sie es trotz der gesetzlich garantierten geheimen Wahl wagen, gegen den eingeseffenen Landrath und entgegen den Wünschen der die Wahlagitation betreibenden Beamten ihrer Ueberzeugung nach die wichtigste Bürgerpflicht zu erfüllen.

Die Presse der beiden konservativen Richtungen ist tief betrübt über die Fahnenflucht der Antisemiten. Man merkt es zwischen den Zeilen der sehr zurückhaltend geschriebenen Wahlberachtungen der in erster Linie leidtragenden 'Kreuz-Ztg.', daß sie schwere Sorgen um das künftige parlamentarische Schicksal ihrer Partei kaum zu unterdrücken vermag. Ueberall sieht das Junkerblatt die von ihm gezüchteten Antisemiten als Todtengräber der Konservativen in deren Wahlkreisen auftauchen. Jammernd ruft sie:

... Hätte in der Westprignitz Herr v. Salderu nicht Herr Max Schulz, sondern ein leidbästiger Jude gegenübergestanden, so sind wir dessen ganz sicher, daß die Antisemiten, unter Verleugnung aller ihrer vorgeblichen Grundsätze, dem demokratischen Juden den Vorzug vor dem christlichen monarchischen und nationalen Konservativen gegeben hätten.

Das Organ des durchgefallenen Herrn v. Salderu schließt seine Trübsalbläse mit der folgenden Aufforderung an seine Parteigenossen:

Arbeiten und Organisiren, das muß auch die Parole der Konservativen sein, wenn sie im nächsten Jahre in Ehren bestehen wollen. In diesem Sinne soll uns das Ergebnis der Wahl in der Westprignitz eine gute Lehre sein.

Wenn dieser Kampf mit durchaus ehelichen Mitteln geführt wird und nicht in einer Vorbereitung der bekannnten, aus Einschüchterungen und Erpressungen zusammengesetzten konservativen Wahlmacht besteht, so soll es uns nur recht sein.

Das Organ des Bundes der Landwirthe, die 'Deutsche Tages-Zeitung', ist auch nach dieser Wahl klüger als vor derselben, sie weiß nun mitzutheilen, daß sie den Ausgang

der Wahl von vornherein befürchtet hat. Hätte man statt des Landrats einen Mann, der den Segen der Pöbe und Gahne befreit hätte, aufgestellt, dann wäre nach der „D. Z.“ das Resultat ein anderes gewesen. Als ob nicht alle vom Bund der Landwirthe aufgestellten Kandidaten, sogar der Direktor des Bundes, Herr v. Salder, bei den Wahlen durchgefallen wären! Herr v. Salder hat sich so entschieden für die agrarischen Forderungen eingesetzt, daß wir uns versagen dürfen, an die verspätete Weisheit des Wählerblattes zu glauben. Uebrigens kann es im Interesse des Ansehens unserer Parlamente, also auch des preussischen Abgeordnetenhauses, nur liegen, wenn man in Zukunft von der Aufstellung von Männern für parlamentarische Ehrenstellen absieht, die von der Regierung abhängig sind. Die Zeiten der Landratskammern waren die Zeiten des tiefsten parlamentarischen Niedergangs in Preußen.

Die Nationalliberale Korrespondenz“ glossirt das Wahlresultat folgendermaßen:

Die zentrifugalen Elemente von der Rechten haben dem Freisinn zum Siege verholfen. Somit beweist die Wahl allenfalls, daß der Radikalismus als solcher seinen blühenden Zustand und daß der Konservatismus durch sein extremes Agrarprogramm und die Salbung mit antisemitischem Del sich diskreditirt und seine Absicht, damit zugleich einen ungemessenen politischen Einfluß sich zu verschaffen, sich selbst in seinen ureigenen Domänen um seine Zugkraft gebracht hat.

Außerdem der Wahl macht die gleiche Korrespondenz über den unter der Decke spielenden Kampf zwischen konservativer Parteileitung und dem Direktorium des Bundes der Landwirthe folgende interessante Mittheilung:

Herr v. Salder, der dortige Kreisvorsitzende des Bundes der Landwirthe, hat zu der Bundesversammlung, die ihn aufstellte, nur diejenigen Bundesmitglieder geladen, die seiner Kandidatur wohlgesinnt waren. Die antisemitischen Bundesmitglieder richteten darauf eine Beschwerde an die Berliner Bundeszentrale und stellten einen eigenen Kandidaten auf. Diese antisemitische Beschwerde ist es, deren öffentliche Behandlung den Konservativen so unbedenklich sein soll.

Ueber die Niederlage des Landrats von Salder darf man aber nicht vergessen, daß diese Niederlage für die Konservativen aller Schattirungen zu einer dringlichen Warnung geworden ist, alle Kräfte daran zu setzen, die nächsten Wahlen vorzubereiten. So wird sie aber auch für die Gegner dieser Richtung, und vor allem für unsere Partei, die schärfste, entscheidendste und gehärgteste Gegnerin der Agrarier und Konservativen, zu einer entscheidenden Aufforderung, mit der Organisation für die künftigen Wahlen, mit der Sammlung und Schmelzung aller verfügbaren Kräfte nicht zu zaudern, alles klar zum Geleite zu machen. Erst wenn dies geschieht, erst wenn jeder Parteigenosse heute schon daran denkt, was vor den Wahlen zu thun ist, erst dann können wir sicher sein, daß die Neuwahlen im kommenden Jahre die Zertrümmerung der konservativen Parteien herbeiführen werden.

Die Fehler der Gegner sind werthvoll, die Sicherheit des Sieges bringt aber nur die volle Anspannung der eigenen Kräfte, die Erfüllung jedes einzelnen mit dem Pflichtgefühl, daß die Partei von ihm zu fordern hat.

Von den Nationalliberalen. Nationalliberale Selbstmordversuche“ nennt die „Deutsche Volksw. Korresp.“ wenig geschmackvoll die jetzige Politik der Nationalliberalen, weil dieselben abgewichen seien von den Lehren Bismarck's, von der Vorliebe für Unterdrückungsgeetze, wie es sich beim Necke'schen Vereinsgesetz gezeigt habe. Die Folge davon sei der Rückgang der Partei, so der betrübende Ausfall der badischen Landtagswahlen. Die genannte Korrespondenz empfiehlt deshalb den Nationalliberalen „eine schneidigere Taktik gegenüber der Sozialdemokratie.“ Die Korrespondenz irrt aber und auch in nationalliberalen Kreisen wird man diesen Irrthum erkennen; nicht aus den Gründen, welche von der „D. V. R.“ angegeben werden, ist der Rückgang der nationalliberalen Partei erfolgt, sondern er ist die Folge davon, daß diese Partei noch immer ganz und gar auf reaktionären Pfaden wandelt und daß auch ihre Haltung gegenüber der lex Necke stärksten Anlaß zu Mißtrauen geben mußte. Hätte die Partei die „schneidigere Taktik“ bei Verathung der lex Necke befolgt, so wäre ihr Niedergang zweifelsohne noch viel rascher erfolgt; auch bei der Wahl in Baden hätte sich dies in einer noch weit furchtbareeren Niederlage gezeigt, als sie die dortigen Nationalliberalen zu erlitten haben.

Das Streben, das sich in einigen Gruppen der nationalliberalen Partei bemerkbar macht, von der rohen Brutalitätspolitik loszukommen und klägere Taktik einzuschlagen, ist also kein „Selbstmordversuch“, sondern ein Rettungsversuch. Ob dieser Rettungsversuch jetzt noch gelingen kann, ist allerdings sehr zweifelhaft. Die Partei hat zu viel Sünden auf dem Kerbholz.

Lord Salisbury, der englische Premierminister, hat gestern eine bedeutsame Rede gehalten, in der er sich, abgesehen vom Maschinenbauer-Streit, über den wir an anderer Stelle berichten, über einige der wichtigsten Fragen der Afrika- und der Orientpolitik vertheilt. Ein Londoner Telegramm theilt folgendes mit:

Lord Salisbury führte in seiner Rede auf dem Lordmayors-Banket in der Guildhall bei Besprechung der Lage in Afrika aus, England habe fortwährend, aber stets freundschaftliche Unterhandlungen mit Frankreich, Deutschland, Portugal, Italien und anderen Staaten. Ueber derartige Unterhandlungen könne er naturgemäß nur mit großer Vorsicht sprechen. Die Unterhandlungen dürften noch lange dauern. Der Minister fuhr dann fort: „Wir lassen uns von den strikten Grundsätzen des Rechts und der genauen Rücksicht auf die Wohlfahrt und die Interessen des Reiches leiten; wir wollen keine ungerechten Erwerbungen, wollen kein Gebiet deshalb nehmen, weil es sich auf der Landkarte gut ausmacht. Wir haben nur den Wunsch, Gewerbe, Handel und Zivilisation auszudehnen, so viele Märkte als möglich zu erschließen; der Handel am Niger, Nil und Zambesi soll seinen Lauf nehmen. Wir wollen uns gut nachsächlich verhalten, müssen jedoch sagen, daß während wir in der Vergangenheit Rücksichten gezeigt haben, die Bekundung dieser Eigenschaften doch ihre Grenzen hat; wir können unsere Rechte nicht über den Haufen werfen lassen.“ (Lebhafter Beifall.) Redner ging dann zu einer Besprechung der Lage im Südosten Europa's über. Dem europäischen Kongress sei es zwar nicht gelungen, Griechenland vom Krieg abzuhalten, doch davon abgesehen, sei es ihm gelungen, den Frieden Europa's zu wahren. Wenn in der Kreta-Frage noch nicht mehr erreicht sei, so hätte doch auch eine einzelne Macht nicht besseres leisten können als das Kongress der Mächte. Das Einvernehmen der Mächte werde hoffentlich fortbauern. Die Föderation Europa's ist zwar noch ein Embryo, aber das einzige Mittel, das die Zivilisation vor den Verwüstungen des Krieges bewahren kann. Die einzige Hoffnung, verhindern zu können, daß die Konkurrenz in den Nischen der europäischen Mächte in ein Streben nach gegenseitiger Zerstörung auslaufe, besteht darin, daß die Mächte allmählig dahin gebracht werden, in freundschaftlichem Geiste in allen Fragen zusammen

zu handeln, bis sie schließlich zu einer internationalen Konstruktion zusammengeschweißt sind, die der Welt endlich eine lange Zeit ungetrübten Handels und dauernden Friedens giebt.“

Welch wunderliches Gemisch von Versicherungen der Friedlichkeit, von Zukunftshoffnungen und scharfen Herausforderungen anderer Staaten! England will keine ungerechten Erwerbungen, will nur Handel und Gewerbe fördern, will nur der Zivilisation dienen und mit seinen Nachbarn in Frieden leben. Gewiß, das wollen die europäischen Staaten alle, das versichern sie um die Wette. Aber klingt es nicht schon wie Ironie, wenn Lord Salisbury seines Landes Friedfertigkeit damit bekräftigen will, daß es kein Gebiet deshalb nehmen wolle, weil es sich auf der Landkarte gut ausmacht? Und nach diesem zweifelhaften Wit folgen die unzweideutigsten Drohungen, insbesondere gegen Frankreich gerichtet wegen der Konflikte im Hinterland des Nigerstromes und im Quellgebiet des Nil. England, das stets „zielbewußt“ und rücksichtslos seinem Vortheil nachgegangen ist, das sich mit brutalen Ellenbogen auf dem Erdenrund Platz schafft: England hat „in der Vergangenheit Rücksichten gezeigt“ und droht, fortan anders, schneidiger aufzutreten, was die hohe Diplomatie in das schöne Wort von „unseren Rechten“, die „wir nicht über den Haufen werfen lassen können“, kleidet.

Wirklich scheint man in England zu einer aggressiven Politik Lust zu verspüren. Die Erfahrungen, die man mit dem „europäischen Kongress“ im Orient gemacht hat, sind nicht besonders angenehm für England und seine Pläne gewesen. Dies klingt recht deutlich aus Lord Salisbury's Aeußerungen hervor; zwar sagt er, daß eine einzelne Macht in der griechisch-türkischen Frage auch nichts Besseres hätte leisten können, und er hofft, daß das Einvernehmen fortbauern möge, aber besonders hochschlägt er die Erfolge des „Kongress“ nicht an, worin er ja auch durchaus im Recht ist, und der Grundton seiner Rede ist, daß England sich auf sich selbst zu stellen habe.

Das stimmt auch völlig zu den Wünschen der englischen Bourgeoisie, welcher gegenüber den unbedeutenen Konkurrenten auf dem Weltmarkt jegliches Mittel recht ist, und zu den vielfach in England laut werdenden Forderungen auf Verstärkung der englischen Kriegsmacht, welcher Forderung am gleichen Tage, da Lord Salisbury seine „Friedensrede“ hielt, der Kriegsminister Marquis of Lansdowne deutlichsten Ausdruck gab.

Was bedeuten diesen harten Thatsachen gegenüber die phantasiereichen Worte von der „Föderation Europa's“ und der „internationalen Konstruktion“? Der Weg, den England geht gleich den übrigen kapitalistischen Staatswesen, fährt nimmermehr zu solchem Ziele.

Die Diplomaten blasen gar lieblich auf der Friedensschalmei und im selben Augenblick drängen sie die Völker zu kriegerischen Rüstungen ohne Ende, zu Vermehrung der Truppenmassen und der Flotte!

Die Stimmung der englischen Maschinenbauer drückt sich in einer Rede aus, die Barnes, der Generalsekretär der Vereinigten Maschinenbauer-Gesellschaft, am vorigen Sonntag in einer Volksversammlung in London (siehe das Telegramm in der Dienstagsnummer) hielt. Er erklärte, die sämtlichen übrigen Gewerkschaften Englands ständen auf dem Punkt, für die Maschinenbauer in Aktion zu treten und den Krieg in das Lager der Feinde zu tragen. Damit kann Barnes nur gemeint haben, daß seitens der Arbeiterorganisationen der zum theil noch fortbauernde Betrieb in den Werksstätten und Fabriken der Unternehmer durch Abberufung der nicht zur Maschinenbauer-Gesellschaft gehörenden organisierten Arbeiter zum Stillstand gebracht werden soll.

Das würde die Lage der Unternehmer allerdings wesentlich verschlimmern.

Uebrigens versicherte Barnes unter allgemeinem Beifallsh Jubel noch weiter: „Was die Finanzfrage betrifft, so haben wir die 18 Wochen ausgehalten, ohne mit der Wimper zu zucken. Und ich kann sagen, ohne mit der Wimper zu zucken, halten wir auch noch einmal 18 Wochen lang aus!“

Barnes ist ein ruhiger, entschlossener Mann, der einer windigen Phraserei unfähig ist. Und wir glauben uns um so mehr verpflichtet, diese Reue hier anzuführen, als von kapitalistischen Blättern die Lüge angepöbel worden ist, Barnes habe sich so kleinlaut geäußert, daß ein baldiges Nachgeben der Maschinenbauer zu erwarten sei.

Kleinlaut klingt aber in Wirklichkeit eine Mittheilung der Herren Unternehmer, die feierlich behaupten, es sei ihnen nicht eingefallen, was man ihnen untergelegt habe, — die Mitglieder der Gewerkschaften aus ihren Betrieben auszuschließen und die Gewerkschaften „zerhacken“ zu wollen. Diese Demonstration des schneidigen Reservelieutenants Siemens ist, nach dem hochfahrenden Ton, in dem die Herren bisher gesprochen, entschieden ein bedeutungsvolles Symptom.

Auf ein Moment sei hier noch aufmerksam gemacht, daß bisher bei Abwägung der gegenseitigen Machtverhältnisse nicht genügend hervorgehoben ward. Nämlich auf die Thatsache, daß die Maschinenbauer-Gesellschaft zwischen 75 und 80 Prozent sämtlicher im englischen Maschinenbau beschäftigten Arbeiter umfaßt — also über drei Viertel, und darunter anerkanntermaßen die besten Arbeiter. Die Stärke einer Gewerkschaft ist um so größer, je höher der Prozentsatz der in ihr befindlichen Arbeiter des einschlägigen Gewerbes. In Deutschland gelten 20 pCt. schon als eine günstige Ziffer, und wir haben manche Gewerkschaft, die nicht 10 pCt. enthält.

Eine Gewerkschaft, die, wie die englischen Maschinenbauer, mehr als 75 pCt. der Arbeiter dieses Faches umfaßt, beherrscht dessen Arbeitsmarkt und hat nicht zu befürchten, daß die ausgesperrten Arbeiter durch andere ersetzt werden, zumal im gegenwärtigen Kampf um den Achtstundentag der Zutritt ausländischer Arbeiter gleich Null ist.

Nach der Rede, die Lord Salisbury am Dienstag in der Guildhall gehalten hat, ist die Hoffnung, daß es zu einer Konferenz kommen werde, sehr berechtigt. Lord Salisbury sagte mit Bezug auf den Streit im Maschinenbau-Gewerbe, es lägen hierin Elemente der künftigen Wohlfahrt oder des künftigen Glückes Englands. Er setzte sich, die Meinung aussprechend zu können, daß dank den einschlägigen und beharrlichen Bemühungen des Präsidenten des Handelsamtes die Konferenz zwischen den Arbeitgebern und den Arbeitern, die der Lord Mayor wünsche, bald stattfinden dürfte.

Zum Gedächtnis. Deuts von zehn Jahren, am 11. Nov. 1887, fielen in Chicago die sogenannten Anarchisten Spies, Fischer, Lingg und Fielden dem Kapitalismus und seinen Polizeischergen am Galgen zum Opfer. Der fünfte, Parsons, lag es vor, sich dem grauenhaften Schauspiel des Justizmordes durch Selbstmord zu entziehen, indem er eine mit Dynamit gefüllte Zigarre anzündete. Diese Männer waren nichts weniger als Anarchisten, sondern begeisterte Schwärmer, erfüllt von dem heiligen Willen, den unterdrückten Klassen zu helfen. Auch der Vertreter der staatlichen Behörde, der ehemalige Gouverneur von Illinois, Altgeld, ist bekanntlich zur Ueberzeugung von der Unschuld der Dingenmörder gelangt.

Deutsches Reich.

— Die zur Ergänzung des Bürgerlichen Gesetzbuchs notwendigen Novellen zum Gerichtsverfassungsgesetze und zur Zivilprozessordnung liegen noch dem Bundesrat zur Beschlussfassung vor. Ueber die geplanten Änderungen haben wir bereits

vor einem halben Jahr berichtet. Sie betreffen wesentlich das Zustellungsverfahren, Erhöhung der Revisionssummen, Nenderung des Entschuldigungsverfahrens und Ausdehnung des Kreises der unentbehrlichen Sachen. Es ist möglich, über den Inhalt der Novelle und der gleichfalls angehängten zur Strafprozess-Ordnung und zum Gerichtsverfassungsgesetz sich anzulassen, bevor sie endlich den Schooß des Bundesrats verlassen haben.

— Die Unterzeichnung der Beitrittserklärung Deutschlands zu dem Abkommen vom 14. November 1886 und dem Zusatzprotokoll vom 22. Mai 1887 über internationale Privatrecht hat gestern im Haag zugleich mit der Oesterreich-Ungarns stattgefunden.

— Schwere Sorgen entstehen bei der „Deutschn. Tagesztg.“ über die Absicht der Kommission für Arbeiterstatistik, die durch die Arbeiten über die Konfessionsindustrie jahrelang auf den Abschluß harrenden Erhebungen über die Arbeiterverhältnisse im Nahrungsgewerbe endlich zu beenden. Sie hofft zwar, daß, nachdem Herr v. Rottenburg entsetzt ist, die Verhandlungen von einem anderen Geist erfüllt sein werden. Aber schon in der That, daß die Fortsetzung der Untersuchungen gerade auf dem Gebiete des Nahrungsgewerbes erfolgt, erscheint ihr als eine Fortwirkung des sozialdemokratischen Agitationsplanes. Warum das Nahrungsgewerbe, jammert das Agrarierblatt weiter, man solle doch andere Industriebetriebe auswählen. Zum Schluß wird empfohlen, der Organisation des Gewerbes selbst die Rechte zu verweihen, über Arbeits- und Ruhezeit Bestimmungen zu treffen. Das wäre allerdings eine recht schöne Lösung der Frage, wenn die Wackerinnung über die Arbeitszeit zu bestimmen hätte. Sicher würde dann sofort der vierundzwanzigstündige Arbeitstag reglementirt, und im Nahrungsgewerbe hätte man nicht nöthig, ihn abzuschaffen. Der Groll ist groß — und noch ehe die Kommission mit ihrer Arbeit beginnt, erscheint sie den wütenden Eiferern schon als sozialdemokratische Agitationskommission. Für diesen Zuwachs möchten wir doch höchlich danken. Die Kommission für Arbeiterstatistik hat manches Gute angestrebt und versucht, aber wenn wir zu bestimmen hätten, hätte die „Deutsche Tageszeitung“ Ursache, noch viel wütender dreinzuschlagen.

— Die „Reform“ des Strafvollzugs, wie sie in den vier Grundsätzen des Bundesrats niedergelegt ist, findet fast in der gesamten Presse die ihr zukommende abschlägige Beurteilung. Man ist fast allgemein der Ansicht, daß diese „Reform“ in der Behandlung der Gefangenen überhaupt keine Neu-Ordnung ist, daß die schlimmsten Mißstände fortbestehen, daß die minimalistischen Änderungen des gegenwärtigen Zustandes durch die Ueberlassung der tatsächlichen Ausführung in das Belieben der Gefängnisbehörden keinen wirklichen Werth besitzen. Selbst die Berliner Neuesten Nachrichten“ nennen diese „Grundsätze“ ein nur unvollkommenes Surrogat. Die sozialdemokratischen Organe üben durchweg eine scharfe Kritik an dieser Art Regelung des Gefängniswesens.

Deutschland marschirt eben, wie männiglich bekannt, allweil an der Spitze der Reformpolitik!

— Verstärkte polizeiliche Maßregeln zur Herbeiführung von Bestrafung kontraktbrüchiger Landarbeiter sind von verschiedenen Regierungspräsidenten getroffen worden. Die „Deutsche Tagesztg.“ freut sich über diesen Fortschritt in der Behandlung dessen, was sie die ländliche Arbeiterfrage nennt. Wir versprechen darunter etwas ganz anderes.

— Religion ist Privatsache.“ Die „Germania“ greift einen Beschluß der Charlottenburger Filiale des Verbandes der Maurer an, welcher lautet: „Stirbt ein Verbandskollege und es geht ein Geistlicher mit zur Beerdigung, so wird dem Verstorbenen kein Kranz gesendet.“

Die „Germania“ steht hierin dem Beweis, daß der Satz „Religion ist Privatsache“ vor der That sache dieses Beschlusses nicht bestehen könne. Wir möchten dem Zentralsblatt folgendes zu bedenken geben. Erstmal ist die Charlottenburger Filiale des Maurerverbandes nicht eine Gruppe der sozialdemokratischen Partei, und diese kann nicht für das verantwortlich gemacht werden, was jene Filiale beschließt und thut. Ferner ist wohl zu berücksichtigen, daß jener Beschluß wahrscheinlich darin seine Ursache hat, daß gar häufig die Anwesenheit des Geistlichen den Hinterbliebenen selbst nicht lieb ist und nur durch soziale Rücksichten angebrängt wird. Wir kennen ja die Gründe nicht, welche die Charlottenburger Filiale des Maurerverbandes bei der Fassung ihres Beschlusses geleitet haben, aber wir wissen, daß oft genug Geistliche an den Kränzen, die von Arbeitern auf den Friedhof gebracht wurden und etwa mit roten Schleifen versehen waren, Anstoß nahmen und sich in wenig schöner Weise hierüber äußerten; wenn die durch solche Behandlung gereizten Arbeiter dann derartige Beschlüsse fassen, so ist das schon einermassen begreiflich und die „Germania“ sollte Sorge tragen, so weit es an ihr ist, daß die Herren Geistlichen derartige Dinge unterlassen. Endlich wollen wir aber auch kein Hehl daraus machen, daß wir den in Rede stehenden Beschluß keineswegs gutheißen.

— Flottenagitation. Von der deutschen Kolonialgesellschaft und dem Alldeutschen Verband sind nachfolgende Redner zur Agitation für die Flotte gewonnen worden: Dr. Anton, M. Bahr, Graf Bernstorff, G. Erdmann, Max Lorenz, Korvettenkapitän Keller, Dr. Neubaur, Oberlehrer Dr. Rastow, Konteradmiral H. Werner, Kapitänleutnant Weyer.

Die Herren werden sich sehr viele Mühe geben müssen, wenn sie ihre Phantastereien der Masse des Volkes näher bringen wollen. Wenn sie es nicht besser verstehen als der eine unter ihnen, der Herr Lorenz, in seiner jüngsten Broschüre, so werden ihre Erfolge gleich Null bleiben. Uebrigens ist es uns interessant, daß unsere Prophezeiung über den Moniteur Lorenz so sehr schnell eingetroffen ist. Beim „Alldeutschen Verband“ angelangt!

— Herr Stöcker hat gegen das Urtheil des Neunkirchner Schöffengerichts, durch welches Freiherr v. Stamm freigesprochen wurde, Berufung eingelegt. Es wird sich darum handeln, ob das Landgericht ebenfalls dem Freiherrn den Schutz berechtigter Interessen verweigert.

— Ein christlich-sozialer Kongress, veranstaltet von der Rechten des Söbder'schen Anhangs, im Gegensatz zum evangelisch-sozialen Kongress, findet heute in Warmen statt. Auf dem Programm dieser Zusammenkunft steht ein Vortrag des Chef-Redaktors des „Volk“, Dietrich v. Derges über: „Die Bedeutung des Protestantismus für den Staat und seine sozialen Aufgaben“, und ein Vortrag Söbder's über: „Die Wechselwirkung des kirchlichen und Sozialen.“

— National-soziale Wahlpropaganda. Herr Damaskos, der Kandidat der National-Sozialen in Oldenburg-Blon, will sich bei den Wählern empfehlen, indem auf dem Wahlflugblatt sein Porträt angebracht ist. Ob solche Scherze das richtige Mittel sind, um die erhofften großen Erfolge der Partei herbeizuführen, mögen die Herren sich selbst überlegen.

— Der Schutz der Deutschen im Ausland wird von den Marinisten als ein wesentlicher Grund bei der Befürwortung der Flottenvermehrung angeführt. Da sind die Mittheilungen recht interessant, welche die „Volks-Zeitung“ aus der Monatschrift „Nord und Süd“ entnimmt. Daran geht hervor, daß zwar insgesamt 9 918 240 Personen deutschen Ursprungs im überseeischen Ausland existiren, daß davon aber nur 28 126 Reichsangehörige sind. Also noch nicht zu einem Prozent haben die Deutschen ihre Beziehungen zum Vaterlande aufrecht erhalten! Ein großer Theil dieser Handvoll deutscher Reichsangehörigen befindet sich zudem beständig auf dem Sprunge zur Staatsangehörigkeit des Landes, in dem er wohnt. Da Amerika und Asien die Erdtheile sind, wo wir am lieblich unsere Landleute durch eine starke Flotte „schützen“ müssen, so ist zu betonen, daß wir in Asien nur 4068 Reichsangehörige haben! Diese vertheilen sich auf die asiatische Türkei, Persien, Ostindien, China und Japan und ein Theil befindet sich im asiatischen Rußland. In ganz Amerika hat man 20 265 deutsche Reichsangehörige; davon gehört der größte Theil in die Vereinigten Staaten von Nordamerika, der

Neft vertheilt' sich zu je einigen hundertern auf Mexiko, Westindien, dänisch Indien, Brasilien, Chile, Argentinien, Uruguay, Paraguay, Peru, Bolivien, Guatemala, Honduras, Costa Rica, Venezuela etc. In einigen dieser Staaten beschränkt sich die Zahl der Deutschen auf das Gesandtschaftspersonal, das schon durch das Völkerverrecht genügend sichergestellt ist, auch gemeinhin keine wirtschaftlichen Interessen hat, die eines besonderen Schutzes bedürfen.

Wenn man natürlich, sagt die genannte Zeitung mit Recht, wie es jetzt von unseren Flottenführern für die Vorgänge auf Haiti angeht, wegen jedes Reichsangehörigen, der irgendwo in der Welt wegen seines kontravenirenden Auftretens mit der ausländischen Polizei Unannehmlichkeiten gehabt hat, ein Schiff in See schicken will, dann wird die halbe Milliarde, die jetzt gefordert wird, auch nicht ausreichen.

Chronik der Eisenbahnunfälle. Aus Offenburg in Baden wird heute telegraphirt: Der Personenzug Nr. 83 fuhr heute früh 5 Uhr infolge falscher Weichenstellung auf den Schluß einer Rangirtheilung. Personen wurden nicht verletzt, dagegen ist der Materialschaden bedeutend. 7 Güterwagen wurden beschädigt, 8 vollständig zertrümmert.

Zum Kampfe gegen den Polonismus. Die Strafkammer in Posen verurtheilte heute den Schlossermeister Stanislaus Wozniowski wegen Anhängens einer roth-weißen Fahne zu 80 M. Geldstrafe, weil dies die Farben des früheren Reichs war, dagegen als Fines für die Provinz Posen durch königlichen Erlaß weiß-schwarz-weiß festgesetzt sei.

Kassel, 8. November. Der antisemitische Pastor J. Strauß muß den Schmutz erleben, im eigenen Parteitag Schmachtlid abzugeben zu werden. Der hiesige „Deutsche Jugendbund“ hatte gestern J. Strauß zum Ehrenmitglied ernannt. Das ist dem Bunde aber wieder leid geworden, und in seiner Hauptversammlung am Sonnabend machte er, dem „Volksblatt für Hessen“ zufolge, die Ernennung wieder rückgängig. Anklagen hagelten auf die Person Strauß's hernieder. Ein Student erklärte, daß Herr Strauß nach seiner natürlichen Beanlage, seiner Vergangenheit und namentlich seinem jüngsten Verhalten in Hessen weder ein Christ noch ein Deutscher sein könne, und trat für unbedingte Aberkennung der Ehrenmitgliedschaft Strauß's ein. Diesem Antrag wurde dann auch einstimmig Folge gegeben.

Das Verfahren gegen den orthodoxen, auch sozialpolitisch hervorgetretenen Pastor Schall in Waldorf (Braunschweig) hat endlich einen Schritt nach vorwärts gemacht. Es ist dem Gemahregelten nun die Anklageschrift im Umfange von 370 Seiten zugegangen. Das ganze Anklagematerial soll 10 000 Seiten umfassen. Das Verfahren soll sich zum Theil auf zeitlich sehr weit zurückliegende Angelegenheiten ausdehnen. Auf den 31. Januar nächsten Jahres ist der Verhandlungstermin angesetzt.

Aus Oberschlesien, 10. November. (Sig. Ber.) Dem diesmaligen Kaiserbesuche in Oberschlesien und in besonderen im ober-schlesischen Industriebezirk — am 12. d. Mts. besichtigt der Kaiser die Königshütte — scheinen gewisse Kreise eine ganz besondere Bedeutung beilegen zu wollen. Die Vorbereitungen zum Empfange des Kaisers haben einen solchen Umfang angenommen, daß sie einen höheren Zweck verrathen. Stadt und Hütte wenden nahezu 100 000 M. daran, um hier ein großartiges Empfangsfest zu veranstalten. Von weit her werden alle Kriegervereine zusammenberufen, die ca. 10 000 Schulkinder von Königshütte werden in diesen Tagen in der Schule darauf vorbereitet, ein großer Theil der Stadt Königshütte wird am Festtage für vier Stunden für alle Wagen und Fußgänger, die mit den Festlichkeiten nichts zu thun haben, gesperrt (!), kurz: es hat alles den Anschein, als ob beachtlich würde, der immer unzufriedener werdenden polnischen Bevölkerung durch ein Glanzstück ersten Ranges wieder etwas mit ihrem Loos zu verschönern. — Täuscht man sich auch nicht über den Charakter der ober-schlesischen Bevölkerung?

Der gemaspregelte bayerische Regierungsrath Burkart verpricht gegenüber den ihn der Pflichtver-nachlässigung beschuldigenden Darlegungen des Finanzministers v. Riedel im Finanzausschusse der Abgeordnetenkammer, eine altern-mäßige Darlegung seiner Behandlung durch die vorgelegten Behörden.

Dresden, 10. November. (Sig. Ber.) Sächsischer Landtag. Schon die erste Präliminarrathung der zweiten Kammer des sächsischen Landtags führte infolge einer Provokation des Vorsitzenden, des bekannten Hofrath Adermann, zu einem Zwischenfall mit dem anwesenden hiesigen sozialdemokratischen Abgeordneten. Herr Adermann brachte gegen alle bisherigen Brauch, nachdem er darauf hingewiesen, daß der geschnitzte Sinn des sächsischen Volkes den Widerspruch gegen das neue Wahlrecht überwinden werde, ein Hoch auf den König aus. Unsere Parteigenossen standen sofort auf und verließen den Sitzungssaal. Die dadurch entstehende kleine Pause benutzte der Herr Hofrath dazu, mit erlärntem Pathos auszurufen: „Sind das auch Sachsen, die davonlaufen, wenn wir unserem König huldbigen?“ Darauf ertönten noch einige leise pflichtschuldige Psalmen.

Wenn Herr Adermann und die Geldsack-Abgeordneten des sächsischen Parlaments glauben, auf solche Art Königstreuen Patriotismus zu züchten, so irren sie sich sehr. Und wie das sächsische Volk über das neue Wahlrecht denkt, werden die Herren in Dresden noch lernen lernen und es wird ihnen nicht gefallen.

Dieses erste Reinkontre zwischen dem Präsidium und der sozialdemokratischen Vertretung ist nur das Vorbild der kommenden Dinge. Die sozialdemokratischen Abgeordneten werden bald die Fehde gegen die Wahlrechtsgegner mit voller Wucht aufnehmen.

Karlsruhe, 9. November. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Die Abgeordnetenwahl fiel ganz entsprechend der Wahlmännerwahl aus. Es wurden als Vertreter Karlsruhe's in die zweite badische Kammer entsandt die Sozialdemokraten Ged und Schärer und der Demokrat Bies. Für diese stimmten 224 Wahlmänner, für die nationalliberalen Kandidaten dagegen bloß 194.

In Mannheim haben die Wahlmänner, wie nicht anders zu erwarten war, sozialistisch gewählt.

Koloniales. Bei der hiesigen Neu-Guinea Compagnie ist folgende Meldung eingegangen: Die der Ermordung des Forschungsreisenden Schlerd und des Polizei-Unterschieds Biering angeklagten Bakulente Munga und Opiha, welche, wie bereits gemeldet, unter Mitnahme von Gewehren aus dem Gefängnis zu Stephanort entflohen waren und deren einer (Munga) am 14. August den auf ihrer Verfolgung an der Spitze einer Expedition begriffenen Bundeshauptmann von Deutsch-Neu-Guinea G. v. Pagen-mechlings erschossen hat, sind am 18. August von benachbarten, befreundeten Eingeborenen, die an der Verfolgung theilgenommen haben, getödtet worden. Die Köpfe der Mörder wurden als Wahrzeichen für die Sühne der Freveltthat nach Stephanort gebracht.

Derartige Brutalitäten sollten in jedem Falle vermieden werden.

Oesterreich. **Wien, 9. November.** Der Budgetausschuß des Abgeordnetenhauses lehnte die Verhandlung über das Ausgleichsprovvisorium fort. Das Mitglied des verfassungstreuen Hochgradbesthies W. K. Reichler trat den jüngsten Reuerungen des Finanzministers, betreffend die Anwendung des § 14 des Staatsgrund-Gesetzes vom 21. Dezember 1867 auf das Ausgleichsprovvisorium, entgegen und erklärte, diese Anwendung sei vollkommen ausgeschlossen; der Erlaß einer Nothverordnung, wie sie der Finanzminister in Aussicht stellte, wäre eine Verletzung der Verfassung. Redner beantragte eine Resolution im Sinne seiner Ausführungen. Finanzminister Dr. v. Bilinski erklärte gegenüber dem

Vorredner Reichler, er habe absolut nicht gesagt, die Regierung werde das hier vorliegende Provvisorium eventuell nach dem § 14 des Staatsgrundgesetzes machen. Er habe vielmehr nur diejenigen anderweitigen Anordnungen, abgesehen von der Regelung der Quote, gemeint, die nach dem § 14 erlassen werden müßten, falls das vorliegende Gesetz nicht zu Stande käme. Der Minister weist darauf hin, daß die Schaffung eines solchen Provvisoriums nach § 14 in dem gesagten Sinne sehr wohl zulässig sei, was aus § 11 des Staatsgrundgesetzes hervorgehe. Im Jahre 1868 sei sogar ein Gesetz über die Suspendirung der verfassungsmäßigen Rechte der Staatsbürger ursprünglich im Wege der Verordnung nach diesem § 14 erlassen worden, welcher Vorgang von dem damaligen Reichsrath als verfassungsmäßig und korrekt anerkannt worden sei. Die Regierung wolle gar nicht das Haus vertagen, sie wünsche dringend, daß der Gesetzentwurf Gesetz werde, und es würde ihr nicht befallen, den § 14 anzuwenden, wenn der Gesetzentwurf etwa vom Parlament verworfen würde. Wenn aber die Majorität des Hauses bei jeder Gelegenheit erkläre, sie wolle für das Ausgleichsprovvisorium stimmen und daran nur durch äußere Umstände verhindert werde, und jede andere Regelung bis zu dem Ablauf der noch verbleibenden Zeit unmöglich werde, dann müsse der § 14 anwendbar sein, natürlich nicht auf den vorliegenden Gesetzentwurf, sondern auf ein Provvisorium überhaupt. Der Minister bittet dringend, die Vorlage anzunehmen, Zeit zur Berathung sei noch genügend vorhanden, der § 14 brauche deshalb nicht nothwendigerweise praktisch zu werden.

Abg. Kaiser (Deutsch-volllich) erklärt, seine Partei werde gegen das Ausgleichsprovvisorium stimmen und im Falle der Annahme desselben, eine Annahme für drei Monate beantragen, da sie (seine Partei) der Regierung, welche die Sprachverordnungen erlassen habe, kein Vertrauen entgegenbringen könne.

Wien, 10. November. Die heutige Sitzung des Abgeordneten-Hauses beginnt mit zwei von der Linken beantragten namentlichen Abstimungen. Darauf folgt eine leidenschaftliche Geschäftsordnungs-Debatte zwischen Schönermann und Christlich-Sozialen wegen Nichterfüllung der stenographischen Protokolle über die Sitzung vom 4. d. M. Vizepräsident Dr. Kramarz greift in die von heftigen Zwischenrufen begleitete Kontroverse mit der Erklärung ein, daß sich der gesunde Sinn der Bevölkerung gegen den ungläublichen Ton, welcher im Hause herrsche, auflehnen müsse. Hiernach findet wiederum eine namentliche Abstimmung statt.

Ungarn. **Budapest, 10. November.** Abgeordnetenhause. Franz Kossuth erklärt, die Bemerkungen des österreichischen Finanzministers Dr. v. Bilinski am letzten Sonnabend im Budgetausschuß seien unvereinbar mit der ungarischen Verfassung. Redner spricht den Wunsch aus, die ungarische Regierung möge sich hierüber amtlich äußern, und interpellirt den Ministerpräsidenten in betreff der Stellung, welche die ungarische Regierung einnehmen würde, falls Oesterreich das Ausgleichsprovvisorium mittels des Noth-Paragrafen durchführen sollte.

Budapest, 10. November. Das Komorner Bezirksgericht verurtheilt den persönlich zur Verhandlung erschienenen siebenbürgischen Bischof Grafen Guskav Majlat wegen Vergehens der Begtause zu 50 Gulden Geldstrafe, welche der Bischof sofort erlegte.

Frankreich. **Paris, 10. November.** Der „Figaro“ meldet, Scheurer-Kestner werde entsprechend der gestrigen Erklärung der Regierung die Angelegenheit des Hauptmanns Dreyfus dem Justizminister unterbreiten.

Ganz wie bei uns. Ein französischer Reserve-offizier wurde von einem anderen Offizier geprügelt und weigerte sich, ein Duell mit ihm anzufechten, nachdem das Zivilgericht den Geuer zu 500 Francs Buße verurtheilt hatte. Ein Ehrenrat von Offizieren sprach sich darauf für die Entlassung des Nicht-Duellanten aus dem Offiziersstande aus, da das bürgerliche Urtheil mit der militärischen Ehre nicht zu thun habe und das Duell hätte vor sich gehen müssen. Der Kriegsminister bestätigte die Entlassung.

In Frankreich spielt die militärische Sonderehre eine ebenso große Rolle wie in anderen Ländern, besonders in Deutschland. Der Militarismus erzeugt allenthalben die gleichen Wahnvorstellungen.

Paris, 9. Novbr. Die Zollkommission des Senats stimmte dem Gesetzentwurf zu, durch welchen die Regierung ermächtigt wird, sofort und bis das Parlament seine Entscheidung getroffen, durch einfachen Erlaß Zölle zur Anwendung zu bringen, falls sie eine Spekulation in Importartikeln verhindern will. Bequemer kann man es der schützamerikanischen Regierung nicht machen.

Belgien. **Die Ausländer und der belgische Militär-dienst.** Aus Brüssel wird gemeldet: Die Regierung trifft trotz des Widerpruches der hier wohnenden Ausländer Vorbereitungen zur Einziehung derselben in die Bürgergarde. Deutsche, Franzosen und Engländer sind entschlossen, der Einziehung Widerstand zu leisten.

Die erste Sitzung der Kammer am Dienstag endete nach kurzer Tagung unter großem Tumulte, hervorgerufen durch einen die ganze Linken beleidigenden Zwischenruf des Merikalen de Guchteneere. Zur Verhandlung stand die Interpellation Verlog betreffend die Maßregelung zweier Lehrerinnen von Gent. Diese hatten sich an dem Zeichenbüchlein einer ihrer Schülerinnen betheiligigt, das ohne die Mitwirkung des Pflasters vor sich gegangen war; auch ein rothes Banner war im Trauerzuge mitgeführt worden. Der Unterrichtsminister suchte die gegen die betreffenden Lehrerinnen ergriffenen Maßnahmen der Schulbehörden zu rechtfertigen. Nach dem Minister nimmt Anseels das Wort. Im Laufe seiner Rede verliest er den Artikel eines katholischen Blattes über jene Affaire, worin die Stelle vorkommt, daß die Freidenker ihre Todten „einscharen wie die Hunde“. Bei Verlesung dieser Stelle schreit der oben genannte de Guchteneere: „So ist es auch; das thut Ihr!“ Dieser Zwischenruf rief einen ungeheuren Tumult hervor. Die gesammte Linke erhebt sich, der Präsident hebt die Sitzung auf. In den Konlois soll es zu Thätlichkeiten gekommen sein.

Dänemark. **Kopenhagen, 10. November.** Landsting. Bei der ersten Berathung der Zollvorlage erklärte der frühere Konseilspräsident Estrup, die Aussichten für die Durchführung der Zollreform seien geringer geworden, weil die Regierung im vorigen Jahre ihre bis dahin eingegangene Stellung bezüglich des Umfanges des der Industrie zu gewährenden Schutzes aufgegeben habe. Die Vorlage der Regierung gebe die alte Forderung des Landstings auf, daß keine Verminderung der Staatseinnahmen stattfinden und daß der nationalen Produktion der nötige Schutz zu theil werden solle. Besser seien geringe Zölle auf viele, als hohe Zölle auf einzelne Artikel. Redner empfahl vornehmlich den Schutz der Landwirthschaft.

Italien. **Rom, 9. November.** Wie schon mitgetheilt wurde, hat der Kassationshof den Rekurs Crispi's gegen den Anklagebeschluß des Gerichtshofes in Bologna anerkannt. Der gewöhnliche Gerichts-gang wurde als unangänglich abgelehnt. Es ist nun möglich, daß das Gericht von Bologna selbst die Ermächtigung zur Verfolgung Crispi's von der Deputirtenkammer einholen wird. Anderenfalls verläutet, daß der radikale Abgeordnete Cavallotti die Absicht habe, die Angelegenheit vor die Kammer zu bringen.

Spanien. **Madrid, 9. November.** Die „New-York World“ hatte am den Ministerpräsidenten Sagasta eine Depesche gesandt, in welcher gesagt war, von feindlicher Seite werde die Nachricht verbreitet,

daß Spanien einen Vorwand suche, um den Vereinigten Staaten den Krieg zu erklären. Hierauf beauftragte Sagasta telegraphisch den spanischen Gesandten in Washington Dupuy de Lome, dem Blatte mitzutheilen, daß Spanien es als ein großes Unglück betrachten würde, wenn ihm Grund zu einem solchen schmerzlichen Entschlusse gegeben würde; indessen hoffe Spanien, das von herzlichen Gefühlen befeelt sei, daß die Vereinigten Staaten, indem sie die Rechte Spaniens achten, die Gefühle der Freundschaft zum Wohle der beiden Länder bestreuen werden.

Die Antwort Spaniens auf die Note Amerika's wurde gestern von der Regierung der Vereinigten Staaten in Empfang genommen. Die Regierung erachtet die Antwort als sehr befriedigend. Eine offizielle Depesche aus Havana meldet, Oberst Gonzalez habe Maximo Gomez geschlagen.

Türkei. **Konstantinopel, 9. November.** Die heftigen Delegationen sandten heute 12 vereinbarte Punkte der Friedensverhandlungen nach Athen. Der definitive Friedensvertrag wird 16 Punkte enthalten. Vier Punkte, und zwar zwei, Modifikationen der Kapitulation, einer, die Entschädigung der Privatleute für ihre Verluste und einer, die freie Emigration aus dem retrocedirten Territorium betreffend, sind noch unerledigt. Heute findet die 13. Sitzung statt.

Konstantinopel, 9. Novbr. In dem letzten außerordentlichen Ministerrathe gelangte die Frage betreffs der bulgarischen Verate zur Erörterung. Es handelt sich um die bulgarische Forderung, fünf neue Bischofsitze für Makedonien zu bewilligen. Der bulgarische Vertreter Markow wurde durch den Großvezir benachrichtigt, daß der Sultan die lokale Haltung Bulgariens in letzter Zeit anerkenne und es in der Ausübung seines Kultus nie behindern werde. Er wolle das Versprechen der Ertheilung der gewünschten Verate einlösen, sobald der definitive Friedensschluß stattgefunden habe. Gegenwärtig sei dies unmöglich, und er hoffe, daß Bulgarien sich in Geduld fassen werde. In den betheiligten Kreisen erwartet man die Ertheilung von zwei bis drei Veraten.

Alien. **In Japan** hat ein Ministerwechsel stattgefunden. Er soll ohne Tragweite für Japans auswärtige Beziehungen sein.

Afrika. **Tanger, 9. November.** Das spanische Kriegsschiff „General Balbes“, mit dem Dragoman Saavedra an Bord, geht heute Abend nach Melilla ab, um die in den Händen der Spanier befindlichen Dissipirten an Bord zu nehmen und sie sodann gegen die von den Dissipirten gefangen gehaltenen Spanier auszutauschen.

Amerika. **Wegen Schießens auf freilebende Kohlen-gräber in Pennsylvania** — über den sensationellen Vorfall ist feinerzeit ausführlich berichtet worden — hat jetzt die Grand Jury von Wilkesbarre den vielnamigen Sheriff Martin und seine Assistenten in Anklagezustand versetzt. Neunzehn der Anklageakte lauten auf Nord, je einer für jeden der Erschossenen; ein weiterer lautet auf Nord gegen die Sheriffmannschaft als Ganzes; 36 Anklagepunkte gegen die Sberiffskente lauten auf verbrecherische Verwundung. Es scheint, als ob die Staatsanwaltschaft die Verfolgung der Angeklagten energisch betreiben wird.

Partei-Nachrichten. **In einer Parteiverammlung in Neustadt in Ober-schlesien,** wo Genosse Dr. Winter aus Königshütte über den Hamburger Parteitag berichtet hatte, wurde beschossen, zu Neujahr in Neustadt eine schlesische Bezirkskonferenz zu veranstalten.

Als Reichstags-Kandidat für den Wahlkreis Plauen i. B. wurde von unseren dortigen Parteigenossen der bisherige Abgeordnete Alwin Gerisch aufgestellt.

Bei der Gemeinderathswahl in Arnstadt i. Th., wo es, wie wir schon meldeten, unseren Parteigenossen gelang, einen Kandidaten durchzubringen, sind für die bürgerlichen Kandidaten 1644 und für unsere 1080 Stimmen abgegeben worden. Auch an der Erstwahl am Montag dieser Woche betheiligte sich die Sozialdemokratie. Unser Kandidat, der Parteigenosse Fabrikant A. Winkler, erhielt 319 Stimmen; der Gegner Rentier Keller, siegte mit 328 St., hat also nur 9 Stimmen mehr bekommen. Im ganzen war die Haltung unserer Genossen bei der Wahl ausgezeichnet.

In Halle a. S. stellten die Parteigenossen nach einem Vortrage des Reichstags-Abgeordneten F. H. Kunert aus Berlin die Parteigenossen: Gasthofbesitzer Hof. Streicher, Klempner Hermann Schade, Bedakteur Adolf Thiele, Buchdrucker H. Franzke, Zeitungsvorleger H. Groß, Restaurateur Otto Wittig und Barbier Paul Böttcher als Kandidaten für die Stadtverordneten-Wahlen der dritten Klasse auf. Die Wahlen sind am 24. und 25. November.

Von der Agitation. Ueber 130 Parteigenossen aus Erfurt vertheilten am Sonntag in dem dortigen Landkreise unter anderem 10 000 Exemplare eines Flugblattes, das sich mit der Frage beschäftigt: „Wen wählen wir?“ Unter den Vertheilern befanden sich eine Anzahl Radfahrer.

Als Vertrauensmann für den Wahlkreis Schwarzburg-Sondershausen fungirt Genosse Friedrich Giet in Arnstadt, Wachsenburger Allee 6.

Polizeiliches, Gerichtliches etc. **Wegen Beleidigung des Redakteurs Schöne** von der ostbayerischen „Landeszeitung“ wurde der frühere Redakteur des „Wählers“, Genosse Bogenski, vom Schöffengericht in Altenburg zu 14 Tagen Gefängnis und zu drei Vierteln der Kosten des Verfahrens verurtheilt. Schöne, gegen den Bogenski Widerklage erhoben hatte, muß 30 M. Geldstrafe bezahlen und hat ein Viertel der Kosten zu tragen.

Gewerkschaftliches. **Berlin und Umgebung.** **Wächung, Töpfer!** 9 Kollegen legten beim Töpfermeister Paul Wilmersdorf, Bau Pannemann, Wilhelmstraße, wegen der Fensterfrage die Arbeit nieder. Der Zentralvorstand.

In der mechanischen Schuhfabrik von J. C. Burchardt u. Sohn haben wegen Mahregelung eines Arbeiters 21 Schuhmacher die Arbeit niedergelegt.

Der Streik der Formier in der Fabrik von Matthes u. Sohn in Rathenow ist durch einen Vergleich beendet. Den Arbeitern wurden die gestellten Forderungen bewilligt, nur mußten sie davon absehen, die Arbeitszeit um eine Stunde zu verkürzen und sich mit einer Reduzirung um eine halbe Stunde begnügen. Der Zuzug von Arbeitern ist vorläufig fernzubalten, da noch einige von den Ausständigen ohne Beschäftigung sind.

Deutsches Reich. **In der Rauffmann'schen Fabrik** in Tannhausen war den armen Weibern bei dem Verzweiflungskampfe, den diese vergangenen Winter führten, für einzelne Sorten von der Firma eine Lohnzulage von 5—10 Pf. gemacht worden. Mit einer solchen Zulage, die im günstigsten Falle 20—30 Pf. pro Woche ausmacht, konnte der Einzelne zwar nicht viel anfangen, aber man glaubte, daß durch die anderen Versprechungen, die den Arbeiter gemacht wurden, sich ihre Lage im allgemeinen etwas bessern würde. Nun ist es wieder Winter — so schreibt der „Proletarier aus dem Untengebirge“ — und so ist es wohl angebracht, einmal zu untersuchen, wie die Sache liegt. Betrachten wir uns heute nur einmal die Lohnzulage. Wo ist sie? Nun, sie hat Platz machen müssen einer Lohnreduktion. Die alten Sorten verschwinden, Sorten, die unserer Ansicht nach den alten gleichwerthig sind, erscheinen unter anderer Bezeichnung und mit einer Lohnreduktion von 10—20 Pf. Auf diese Weise also hat die

Firma nicht nur die alten Zustände zurückgezogen, sondern auch die Löhne gegen früher gekürzt und die Arbeiter schauern einem trüben Winter entgegen.

Eine neue Versicherung haben die Herren Grubenbesitzer des Dortmund Bezirks mit der Einschleppung ausländischer Arbeitskräfte bereitet. Die Bergbehörde in Bredenberg (Ungarn) hat an die Bergbehörden in Dortmund die Mitteilung gelangen lassen, daß Anfang November ca. eine große Anzahl Bergleute des dortigen Newiers nach Bochum, Selskuchen, Dortmund und Schaffe verzoogen sind und daß sämtliche dieser Leute mit der Barmkrankheit behaftet sind. Die Dortmund Bergbehörden fordern daher mittels Zirkular die Zeichenbesitzer auf, jene Bergleute, von denen ein Namensverzeichnis beigelegt ist, nicht einzustellen, damit die Krankheit im Bezirk keine Verbreitung finden möge. Wenn nun auch der sofortige Rücktransport jener kranken Leute verfügt und ausgeführt wird, so ist trotzdem anzunehmen, daß der Aufenthalt derselben nicht zum Vortheil der anfälligen Bergbevölkerung gewesen ist. Obendrein muß es mit der ärztlichen Kontrolle der eingeschleppten Fremden sehr schwach bestellt gewesen sein, denn anscheinend ist hier garnicht entbedt worden, was die ungarische Behörde wußte, sonst hätten die Fremden doch absolut nicht angelegt werden dürfen. Wer mag da die Unterlassungsünden begangen haben?

Die Dresdener Buchbinder haben in ihrer Lohnbewegung bereits einige Erfolge zu verzeichnen, da von mehreren Fabrikanten sofort die Forderungen (10stündige Arbeitszeit mit Frühstück und Pesper, 18 M. Minimallohn für männliche, 10 M. für weibliche Arbeiter) anerkannt wurden. Mit anderen Unternehmern steht die Lohnkommission noch in Unterhandlungen und ist gute Aussicht vorhanden, daß auch in diesen Geschäften ein zufriedenstellender Abschluß erzielt wird.

Ausland.

Die Bergarbeiterbewegung in Westböhmen hat, wie man der Wiener „Arb.-Ztg.“ schreibt, recht gute Erfolge zu verzeichnen. Mehrere größere Gewerke im Halltau-Elbogener Kohlenrevier haben sich angegeschlossen der entschlossenen Haltung der Bergarbeiter zu einer Lohnregulierung veranlaßt gesehen. Die Reichenaue Kohlen-gewerkschaft in Z w o d a u hat ihren Arbeitern folgende Zugeständnisse gemacht: Am Nordfeld werden vom Juni 4 kr. mehr gezahlt. An Untergeld wurden 40 kr. und einzelnen Schichtarbeitern 5 kr. per Tag zugelegt. Die Lohnverhöhung wurde nur auf den schlechtesten Plätzen gewährt, die Zehntelstunde für die Arbeiter obertags wurde abgelehnt. Den verheirateten Arbeitern unterlag wurden außerdem 10 kr. per Schicht und Person, den ledigen Arbeitern 5 kr. zugesichert. Das ist der „Arbeiterbeitrag“, der der Mannschaft am Schlusse jedes Monats ausgezahlt werden soll. Auch eine Unfallversicherung für die ganze Belegschaft auf Kosten der Werkleitung wurde zugesagt. Auch auf den V i l a n i a s c h a c h t e n bei Marienbath, am Nidarschacht bei Neusattel wurde eine Gehörerhöhung von 12 bis 15 pSt. zugesagt. Den Grubenarbeitern der F r i e d r i c h - A n n a - B e c h e (des Grafen Roth) wurden pro Hektar 3 kr. zugelegt, das entspricht einer Lohnverhöhung um 13 pSt. Auch bei der D z i e d i c h - H a b e r s p i t z e r Kohlenbergwerk in Dyblitz wurden den Verheirateten unterlag 10 kr. pro Tag zugelegt. Die ledigen Arbeiter erhalten 6 kr. mehr. In einzelnen anderen Schächten sind die Verhandlungen noch im Gange. Die Bergleute der A n g l o - b a n s c h a c h t e haben beschlossen, in vierzehn Tagen in den Streik einzutreten, falls bis dahin ihre Forderungen nicht bewilligt sind.

Aus der Schweiz. Der Buchbinderstreik in Bern ist am Sonntag durch eine vom Gewerbegericht bestellte Einigungs-kommission nach dreistündiger Beratung geschlichtet worden. Die Vereinbarung bedarf noch der Zustimmung der beteiligten Arbeiter. — Der Streik der Maurer und Handlanger in Luzern ist beendet, nachdem die meisten Streitenden abgereist sind und 80 Streikende von 3 Privaten auf ihren Bauten zu den geforderten Löhnen eingestellt worden sind. Die Lithographie W e i s h a u p t in Biel und die Lithographie Z h e l l u n g in Zürich haben den Reinstundenlohn eingestellt. — In T h u n haben etwa 600 Arbeiter der eidgenössischen Werkstätten und Verwaltung sich zu einem Verein zusammengesetzt. Beabsichtigt wird die Verbesserung der älteren Arbeiter, besonders der Familien-väter.

Der Ausstand der Pariser Schlächtergesellen ist, soweit die der Engroschlächter in Frage kommen, beendet. Die Gehilfen der Schweineschlächter haben sich mit ihren Meistern noch nicht geeinigt.

Belgische Streiks im September. Der „Office du Travail“ wurden im September acht neue Streiks gemeldet, an denen 1300 Personen beteiligt waren. Drei Streiks mit 460 Personen, die früher begonnen hatten, dauerten in diesem Monat noch fort. Sechs Ausstände betrafen die Kohlenindustrie; dieselben wurden unter-nommen, um eine Lohnverhöhung durchzusetzen; sie waren alle nach der Dauer von wenigen Tagen beendet.

Die Amsterdamer Diamantarbeiter haben nun ebenfalls die auf dem letzten internationalen Diamantarbeiter-Kongress aufgestellten Forderungen den Fabrikanten unterbreitet. Vier- bis sechshundert Bebinge, von denen nur etwa fünfzig schon einige einfache Handgriffe gelernt hatten, die meisten aber nur als Laufjungen gebraucht wurden, sollen von den Fabrikanten entsetzt werden. Nicht etwa ein philanthropischer Gedanke hat diesen Beschluß diktiert; auf diese Weise soll das Angebot jüngerer Arbeitskräfte allmählig verringert werden. Von diesem Augenblick an werden nur Kinder und Ver-wandte der Diamantarbeiter als Lehrlinge in den Fabriken auf-genommen werden. Im wesentlichen werden die Fabrikanten auf diese Forderungen eingehen; auch den zehntelstündigen Maximal-Arbeitszeit werden sie wahrscheinlich bewilligen.

Zum Kampf der englischen Maschinenbauer. Ueber die Antworten, die der Verband der Unternehmer und der Arbeiter an das Handelsamt auf dessen neueste Einigungsvorschläge haben ge-langen lassen, verlanet auch jetzt noch nichts Bestimmtes. Soviel scheint sicher, daß es sich jetzt hauptsächlich nur noch um die Ueber-windung eines Hindernisses handelt, nämlich um den unparteiischen Vorsitzenden. Auf diesen wollen die Arbeiter bei der Konferenz temes-falls verzichten, während die Fabrikanten von einem solchen absolut nicht wissen wollen.

Mittlerweile werden die Sammlungen eifrig fortgesetzt; am Montag gingen allein 4000 Pfd. Sterl., worunter 890 Pfd. Sterl. aus Deutschland, beim Streikkomitee ein. „Daily Chronicle“ hat jetzt außer den Sammlungen für den Streikfonds, die sie seit Wochen betreibt, eine weitere Subscription eröffnet für die Kinder und Frauen der im Kampfe Stehenden.

Die Londoner Kesselmacher sind trotz der kategorischen Drohung des Gewerkschaftsleiters, daß andere Mitglieder ihre Plätze einnehmen würden, doch immer nicht zur Arbeit zurück-gekehrt.

Der Fabrikantenverband hat, wie bereits mitgeteilt, in den „Times“ eine lange Liste von Beschwerden gegen die Trades-Union veröffentlicht. Danach sollen diese u. a. folgende Forderungen auf-gestellt haben: Für jede Maschine soll ein eigener Arbeiter angestellt werden, selbst wenn einer zwei Maschinen bedienen kann. Eine Firma mußte zwei Arbeiter an zwei sogenannten Kopie-Drehbänken jeden zu 35 Sh. die Woche anstellen. Das macht 70 Sh. Jetzt bedient ein gewöhnlicher Arbeiter beide Drehbänke. Er bekommt 24 Sh. die Woche. Die Ersparnis beträgt also in dem einen Falle 46 Sh. Der Leiter einer Londoner Fabrik stellte Nicht-Gewerksvereiner ein, weil die Gewerksvereiner nicht nach 5 Uhr nachmittags arbeiten wollten. Sofort erschien die bekannte Ab-ordnung des Gewerksvereins und beklagte sich über das tyrannische Gebahren des Direktors. Ein Arbeiter hatte 12 1/2 Stunden zu einer Arbeit gebraucht, die er sehr wohl in 8 1/2 Stunden hätte fertig be-kommen können. Die Abordnung schien das auch einzusehen. Aber wenige Tage später forderte der Gewerksvereiner eine Entschuldigung wegen großen Benehmens gegen ein Mit-glied. Solche Tyrannen dürfe nicht wieder vorkommen, sonst müsse die Arbeit eingestellt werden. Eine Firma in Manchester berichtet, daß ein Gewerksvereiner zum Abholen eines großen Gurkstücks

190 Stunden brauchte. Ein gewöhnlicher Arbeiter verrichtet die Arbeit jetzt in 130 Stunden. Eine Firma am Clyde meldet: „Einige Zeit vor Beginn des Streiks bemerkten wir, daß unsere Maschinen-bauer keinen Eifer mehr bei der Arbeit entfalteten. Wir erfuhren, daß der Gewerksvereiner ihnen anbefohlen hatte, sich nicht zu über-anstrengen. Wir verglichen die Leistung, die man mit Doppel-Maschinen erzielen konnte, mit der von einfachen und fanden, daß die erstere um 20 pSt. größer war. Seit dem Streik am Clyde und in Belfast war das Benehmen der vom Gewerksvereiner gewählten Werkstätten-Stewards nicht mehr zum Ertragen gewesen.“ — Eine andere Firma bot minder tüchtigen Maschinenbauern 5 Sh. die Woche mehr Lohn an, wenn sie Maschinen jeder Art bedienen wollten. Sonst könnten sie gehen. Das Resultat war, daß zehn von ihnen sofort ihren Nach-anfragen nicht bedienen wollten. Und so gehen die Klagen weiter.

Es hat merkwürdig lange gedauert, bis die Unternehmer ihre Beschwerden zusammengestellt haben — der Streik dauert jetzt acht-zehn Wochen. Auf solche allgemein gehaltene Behauptungen konnte B a r n e s, der Sekretär der Maschinenbauer, allerdings etwas Anderes nicht erwidern, als die Unternehmer aufzufordern, Beweise zu bringen, Namen zu nennen. Einige der oben aufgestellten Be-hauptungen tragen zu sehr den Stempel des Unwahrscheinlichen, der Uebertreibung an der Stirn, als daß sie vollen Glauben verdienen. Uebergriffe einzelner Personen mögen wohl vorgekommen sein, die ganze Gewerkschaft dafür verantwortlich zu machen, ist unangängig.

Unternehmer-Verbände.

Das österreichisch-ungarische Zuckerkartell hat 5 pSt. des Kontingents zum Verkauf per November freigegeben und den Preis von 98 auf 86 1/2 fl. pro Doppelzentner erhöht.

Fusion der Auer-Gesellschaften. Der weitaus größte Theil aller Aktien der Wiener Gasglühlicht-Gesellschaft ist durch die Bil-dung von zwei Trust-Kompagnien in englischen Besitz übergegangen. Dies hat zu dem Projekte geführt, die Londoner und die trische Auer-Gesellschaft mit der Wiener Gasglühlicht-Gesellschaft zu einem einzigen Unter-nehmen zu verschmelzen. Zu diesem Zwecke soll zunächst eine fogen. Rekonstruktions-Gesellschaft geschaffen werden, welche die Aufgabe hätte, die Aktien aller drei Betriebsgesellschaften zu erwerben, um, wenn der Aktienbesitz vereinigt ist, den großen und kostspieligen Apparat der allgemeinen Verwaltung der drei Aktiengesellschaften aufzulösen und ein einziges einheitliches Unternehmen zu bilden. Interessant ist die finanzielle Konstruktion der Neugründung. Das Aktienkapital der neuen, an die Stelle der drei Gesellschaften tretenden Kompagnie würde 3 1/2 Millionen Pfund betragen und aus drei Kategorien von Aktien bestehen: 1. Kumulativ- oder Prioritäts-Aktien mit fünfprozentiger Verzinsung im Betrage von 1,5 Millionen Pfund; diese Aktien können nie mehr als fünf Prozent erhalten, haben jedoch für den Fall, als in einem Jahre fünf Prozent nicht vorhanden wären, den Anspruch, aus dem Ertragnisse des nächsten und der folgenden Jahre nicht nur fünf Prozent, sondern auch die Ergänzung auf fünf Prozent für das nächste Jahr zu erhalten; 2. Kumulativ- oder Prioritäts-Aktien zu sieben Prozent im Betrage von 1,5 Millionen Pfund; diese Aktien haben den Anspruch, nach Befriedigung der ersten Kategorie eine siebenprozentige Verzinsung zu erhalten, die gleichfalls, wenn das Ertragnis eines Jahres nicht dazu ausreicht, in den folgenden Jahren den Abgang ersetzt erhalten müssen; 3. Deferred-Shares im Betrage von 0,65 Millionen Pfund, Aktien, welche nach Befriedigung der zwei ersten Kategorien sieben Prozent erhalten, um, falls noch ein Gewinnüberschuß erübrigt, den Ueberrest mit der zweiten Kategorie zur Hälfte zu theilen. Die definitive Entscheidung über das Projekt steht unmittelbar bevor.

Soziales.

Ueber die Erhebung zu hoher Luftbarkeitssteuern in Preußen haben der Vorsitzende des Zentralverbandes deutscher Händler und der Vorsitzende des Vereins reisender Schausteller beim Minister des Innern und beim Finanzminister Beschwerde geführt. Mitunter mühten diese Steuern auch für Unternehmungen entrichtet werden, die überhaupt keine Luftbarkeiten sind. Zur Unterstützung ihrer Ausführungen haben die Beschwerdeführer eine Anzahl Anträge eingereicht. Nach diesen wurde beispielsweise in einer mittleren Stadtgemeinde für den Betrieb eines Karussells an zwei Tagen eine Luftbarkeitssteuer von 200 M. erhoben; an einem anderen Orte für das Halten einer Schaubude mit einem Eintrittsgeld von höchstens 20 Pf. eine Steuer von 15 M. für den Tag. Auch sind Luftbarkeits-steuern für Schnellphotographie-Unternehmungen, für den Verkauf von Nacharbeiten etc. erhoben worden.

Die offizielle „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ giebt die Be-rechtigung der Beschwerde zu und theilt dann mit: „Den Steuer-pflichtigen, welche sich durch ihre der bestehenden Ordnung ent-sprechende Besserung für überbürdet erachten, muß überlassen bleiben, von Fall zu Fall bei der zuständigen Aufsichtsbehörde wegen Abänderung der Ordnung vorstellig zu werden, und die Beschwerde-führer sind in diesem Sinne verständigt worden. Die beiden Minister haben jedoch die zuständigen Stellen unter dem 17. August ersucht, wenn Anträge in diesem Sinne bei ihnen eingehen und sich bei näherer Prüfung als begründet erweisen, auf die Be-seitigung der bestehenden Anzuträglichkeiten, mögen solche auf die Bestimmungen der Steuerordnungen oder nur auf eine nicht prozent-sprechende Ausfüllung derselben zurückzuführen sein, nach Thun-ligkeit hinzuwirken. Es erscheint dies um so nothwendiger, da, wie die Beschwerdeführer in ihrer Eingabe wohl mit recht hervor-gehoben haben, zahlreiche Unternehmer von Luftbarkeiten, welche in diesen Unternehmungen von Jugend an aufgewachsen sind, bei vor-geschrittenem Alter einen anderen Erwerbzweig fähig nicht mehr ergreifen können.“

Der Gesamtvorstand des deutschen Lehrervereins hat den deutschen Lehrerverbänden die Frage zur Erörterung vorgelegt: „In welcher Richtung und in welchem Umfange wird die Jugend-erziehung durch gewerbliche und landwirthschaftliche Kinderarbeit geschädigt?“ Er begründet seine Anregung in folgender Weise: „Es kann ohne Bedenken zugegeben werden, daß die Kinderarbeit nicht unter allen Umständen schädlich wirken muß; sie kann vielmehr, verständigt geleitet und den kindlichen Kräften ent-sprechend bemessen, zu einem werthvollen Erziehungsmittel gestaltet werden. Aber bei der Erwerbsarbeit der Kinder treten leider pädago-gische Erwägungen ganz zurück, hier steht eben der Erwerb im Vordergrund. Es sind aber die städtischen Verhältnisse nicht allein und nicht immer in erster Reihe, durch welche die Kinder übermäßig ins Erwerbsleben hineingezogen werden, — auch das Land macht sich die Kinder tributpflichtig. Distrikte, in den agrar-industriellen Unternehmungen, z. B. Zuckers- und Spiritusfabrikation, ihren Einzug gehalten haben, ziehen mit ihren ausgedehnten Neben- und Kartoffelkulturen die Kinder in ihren Lohn-kreis, desgl. Torfgräberei und Forstkultur. Die vorhandenen Erhebungen zeigen, daß die kindliche Kraft durch die übermäßige Dauer der Arbeit (achtstündige Arbeitszeiten außer der Schule sind nicht selten), durch zeitigen Beginn (oft um 4 Uhr mor-gens), durch späte Beendigung (vielfach um Mitter-nacht), durch unangemessene Schwere (Steinlopfen), durch abspumende Einseitigkeit (z. B. Dütenleben, Neben-ziehen) eine Ausnutzung erfährt, die der gesunden körperlichen und geistigen Entwicklung schnurstracks zu-widerläuft, der sittlichen Schäden gar nicht zu gedenken, denen das Kind beim Straßenhandel und bei besonderen Arbeits-gelegenheiten ausgesetzt ist. Aus ländlichen Ausnahmen ist zu er-sehen, daß auf einen vierstündigen Vormittagsunterricht nicht selten eine nur von kurzen Pausen unterbrochene Arbeitszeit, erschwert durch Sonnenbrand und Eintönigkeit, bis 8 Uhr abends für die Kinder folgt.“

Durch den Einsturz des Gerüstes eines Neubaus wurde in Leipzig ein Arbeiter getödtet und viele sehr schwer verletzt.

Eine Kesselexplosion, wobei Menschenleben glücklicherweise nicht zu Schaden kamen, hat sich am Sonntag in der Stearinfabrik von G. G o l m a r in Offenbach a. M. ereignet. Der Arbeiter Fischer, der den Kessel zu beaufsichtigen hatte, ist 85 Stunden hintereinander im Dienst gewesen. (Zweimal wöchentlich hat er 85 Stunden lang in einer Tour die Feitdestillation zu überwachen.) Wie das „Offenbacher Abendblatt“, dem wir diese Nachricht ent-nehmen, mittheilt, erhalten die Arbeiter der G. G o l m a r s c h e n Fabrik einen elenden Wochenlohn; nur durch überlange Arbeitszeit sei es ihnen möglich, auf einen ihren Bedürfnissen einigermaßen ent-sprechenden Lohn zu kommen.

In der Versammlung der süddeutschen Ironenärzte, die am 8. und 9. d. Mts. in Karlsruhe tagte wurde ein Antrag an-genommen, wonach die Behörden ersucht werden sollen, die fogen. „antischen Erkrankungen“ über entlassene Kranke, die immer zu sehr peinlichen Szenen führten, in Zukunft zu unterlassen. Aus dem Vortrage des Prof. Dr. K r ä p e l i n -Heidelberg dürfte die Mit-theilung interessiren, daß trotz der Eröffnung der dritten großen Landesanstalt in Emmendingen vor kaum 10 Jahren die Bewilligung bedeutender weiterer staatlicher Mittel für die Ironenpflege eine dringende Nothwendigkeit ist.

Nach den statistischen Feststellungen kann die Grenze des Ir-rsalsbedürfnisses dahin festgestellt werden, daß in Baden auf 500 Einwohner ein Geisteskranker zu rechnen ist. Dieses vor-handene Bedürfnis führe aber in erster Linie zu einer Ueberfüllung der Anstalten, zu einer Verzögerung der Aufnahme der Kranken vom Lande, zur Entlassung von Kranken, die noch der Behandlung in gewissem Sinne bedürften, und zu einer oft sich bitter rächenden Ueberlastung des Personals.

Dr. Kräpelin verlangte vor allem, daß den Kliniken eine größere Aufmerksamkeit gewährt werde, um endlich einmal dem unwürdigen Zustand ein Ende zu machen, nach welchem oft eingekerkerte Geistes-kranke Wochen lang unter den erbärmlichsten Verhältnissen in Speisälern zurückgehalten würden. Die nächste Versammlung in Heidelberg wird sich mit Vorschlägen zu einer eingehenden Ironen-gesetzgebung befassen.

Die Wiedereinführung der Dampfschiffahrt auf dem Neckar ist von Vertretern der Orte Heilbronn, Eberbach, Dirsch-horn, Neckargemünd und Zwingenberg auf einer Konferenz zu Heil-bronn in die Wege geleitet worden. Es wurde beschlossen, die Bürger-anschlüsse der beteiligten Gemeinden um ihre Zustimmung zu ersuchen, daß die Gemeinden nach dem Verhältnisse ihrer Einwohner-zahl die Finanzgarantie für das erforderliche Aktienkapital von 200 000 M. übernehmen. Zunächst werden zwei Dampfboote gebaut, die von Juli nächsten Jahres an den Verkehr auf dem Neckar ver-mitteln sollen.

Der Magistrat von St. Petersburg erörterte in einer Sitzung die Frage der Sonntagsruhe. An der Sitzung nahm der Vorsitzende des Unterstützungsvereins der Handlungsgelhilfen theil. Als man ihn fragte, welche Vor-schläge die Handlungsgelhilfen zu machen hätten, erklärte er, daß die Handlungsgelhilfen abhängige Personen seien und kein Recht be-säßen, dem Magistrat irgendwelche Vorschläge zu machen. Die Wünsche der Handlungsgelhilfen sind auf diese Weise gar nicht zur Kenntniß des Magistrats gekommen. So meldet die „Kreuz-Zeitung“. Das Organ des preussischen Junkerthums bemerkt dann über den Vertreter der Handlungsgelhilfen: „Dieser Wieder-mann hat die Rechte der Handlungsgelhilfen recht mangelhaft zu vertreten verstanden.“

Dieselbe „Kreuz-Zeitung“, die an dem russischen Arbeiter-vertreter tadelt, daß er die Interessen seiner Genossen nicht zur Geltung gebracht hat, fördert in Deutschland all die reaktionären Bestrebungen, die darauf hinauslaufen, den Arbeiter ungefähr ebenso unfehlbar zu machen, wie es der russische Arbeiter in seiner Mehrheit noch ist.

Depeschen und letzte Nachrichten.

Böhm a. M., 10. November. (Privatdepesche des „Vorwärts“). Bei der Gewerbegerichtswahl erhielt die Liste des Gewerkschafts-kartells 891, des katholischen Arbeitervereins 57 Stimmen. Bei 707 Wählern wurden 448 Stimmen abgegeben.

Wiesbaden, 10. November. (V. G.) Der hiesige Magistrat hat den Major von Ebneyer, den früheren Adjutanten Caprioli's, zum Kurdirektor gewählt.

Stolberg, 10. November. (M. D. B.) Seit gestern Abend herrscht hier eine Feuersbrunst. Die Rattenbach'sche Brauerei und 15 Scheunen sind abgebrannt.

Karlsruhe, 10. November. (M. Z. B.) Landtagswahlen. Bis her sind 20 Wahlergebnisse bekannt. Es sind gewählt: 7 Kan-didaten der Zentrumspartei, 5 Nationalliberale, 8 Sozialdemokraten, 2 Demokraten, 1 Antisemit, 1 Konservativ, einer ist unentschieden. In Lörroch-Bund ist ein zweiter Wahlgang erforderlich, da der nationalliberale und der freisinnige Kandidat gleiche Stimmenzahl erhielten.

Wien, 10. November. (M. Z. B.) Abgeordnetenhaus. (Fortsetzung.) Nach zwei von Schönerer beantragten namentlichen Ab-stimmungen beantragt Pacal, das Haus möge über die Minister-anlagen betreffend die Sprachverordnungen zur Tagesordnung übergehen. (Lebhafte Debatte rechts, Widerspruch und Unruhe links.) Der deutsch-fortschrittliche Abgeordnete Baron d'Arco ver-wahrt sich dagegen, daß man den Deutschen Oester-reichs anti-österreichische Tendenzen zuschreibe. (Lebhafte Debatte links und Handklatz links.) Pommer (Deutsch-Volklich) be-antragt über die in der letzten Sitzung ihm ertheilte Antwort des Vizepräsidenten die Debatte zu eröffnen, sowie eine geheime Ab-stimmung darüber vorzunehmen, über die Frage der geheimen Ab-stimmung beantragt Redner die namentliche Abstimmung und im Ablehnungsfall die namentliche Abstimmung über das Veritum. Vizepräsident Abrahamowicz erklärt, er könne den Antrag nicht recht ernst nehmen; derselbe bezwecke wahrscheinlich die Vereitelung der für heute Abend anberaumten Sitzung des Geschäfts-ausschusses. (Stürmischer Widerspruch links.) Abg. Posmann von Wollenhof klagt über die Verletzung der Geschäftsordnung durch den Vizepräsidenten. (Schlußruf rechts, Lärm links.) Der Vize-präsident erklärt infolge des anhaltenden Lärmes die Sitzung für aufgehoben; er werde die nächste Sitzung schriftlich bekannt geben.

Lauf schriftlicher Mittheilung seitens des Präsidiums findet die nächste Sitzung morgen Vormittag statt.

Der Polhene Olaniewski (parteilos) beantragt die Vernehmung des Ministerpräsidenten in den Anklagezustand wegen der galizischen Wahlvorgänge.

Wien, 10. November. (M. Z. B.) Das Rektorat der Uni-versität hat unverzüglich die Untersuchung über die heutigen Kund-gebungen deutscher Studenten eingeleitet.

Wien, 10. November. (M. Z. B.) Eine größere Anzahl deutscher Studenten veranfaßte heute Vormittag in der Universitäts-halle und vor dem Parlamente Kundgebungen durch Abhängen von Plakaten, leistete jedoch der Aufforderung des Abgeordneten Wolf, sich zu entfernen, Folge.

Budapest, 10. November. (V. G.) Der Reaktor Personenzug stieß infolge Nichtbeachtung des Haltsignals bei der Station So-bosin mit einem Lokzug zusammen. Zwei Waggons wurden zer-trümmert; ein Bremser wurde schwer verletzt. Von den Passagieren ist niemand verletzt.

Warschau, 10. November. (V. G.) Anlässlich der letztjährigen Studentendemonstrationen sind zahlreiche Studentenverhaftungen vor-genommen worden.

Rom, 10. November. (V. G.) Einem Telegramm aus Neapel zufolge, wurde die Pont von Neapel durch Feuerbrand zerstört.

New-York, 10. November. („Frankf. Ztg.“) 100 überreichlichen Einwanderern, welche auf Kontrakt arbeiten, wurde, als sie auf dem Lloyd-Dampfer „Grafeld“ in Galveston landen wollten, die Landung verweigert.

Kommunales.

Zu der gestrigen unter Vorsitz des Bürgermeisters Kirschner stattgehabten Sitzung der städtischen Schul-Deputation waren die vier Pläne zu den Doppelschulbauten in der Linder-, Wilm-, Oberberger- und Logauerstraße ausgestellt. Da diese Schulbauten-Entwürfe die ersten waren, die der Stadtbaurath Hoffmann vorlegte, so erweckten sie das allgemeine Interesse. Nach Erläuterung durch den Bau- und eingegebender Besichtigung durch die Deputationsmitglieder fanden dieselben wegen ihrer äußeren eleganten Schönheit sowohl, wie wegen ihrer inneren praktischen Einrichtung ungetheilten Beifall der Deputation und wurden einstimmig genehmigt.

Das Polizeipräsidentium hat jetzt die Genehmigung zur Aufstellung einer zehnständigen Bedürfnisanstalt für Männer innerhalb des Vorgartens vor dem städtischen Grundstück Al-Moabit 67/70 (Pumpstation) erteilt.

Lokales.

Die „Freie Volkshöhle“ veranstaltet am Sonntag, 14. d. M., für die 2. Abteilung nach 3 Uhr im Friedrich-Wilhelmstädtischen Theater die erste Vorstellung von „Sein Jubiläum“ von G. Freygang und „Die Fahrenweibe“ von Joseph Kucherer. Neue Mitglieder können nur noch für die vierte Abteilung aufgenommen werden. Billets zum Winterfest sind in allen Jahrestellen à 30 Pf. zu haben. Da nur eine beschränkte Anzahl Billets abgegeben werden, empfehlen wir den Mitgliedern, sich schnellig damit zu versehen.

Wie die Freisinnigen agitirten. Das freisinnige Wahlkomitee zu den Stadtverordnetenwahlen der dritten Abteilung hat an die Hauswirthe der für die Wahlen in betracht kommenden Bezirke vollständige Verzeichnisse ihrer Miether gefandt, und die Herren gebeten, „doch gefälligst zu veranlassen, daß diese Wähler, soweit dieselben zu der liberalen Partei gehören, ihre Stimme für die Kandidaten der liberalen Parteien abgeben.“ Auf den Verzeichnissen ist, soweit dies dem freisinnigen Wahlkomitee bekannt war, angegeben, wie jeder Miether bisher gewählt hat. Unseren Parteigenossen stehen derartige Agitationsmittel nicht zu. Sie haben bei den bevorstehenden Stichwahlen einzig durch die Lauterkeit ihrer Sache und die Wirksamkeit des sozialdemokratischen Programms die Wähler zu gewinnen.

Etwas von den Obdachlosen. Der Berliner Asylverein für Obdachlose beobachtet beständig in den beiden von ihm eingerichteten Asylen den Grundfaß strenger Anonymität. Kein Besucher des Männer- oder Frauenasyls darf nach irgend einer Legitimation gefragt werden, jeder oder jede der Aufnahmesuchenden erhält ein Nachtlager, des Abends und des Morgens bescheidene Verköstigung und nach Bedürfnis ein warmes Bad, ohne im allernächsten über die persönlichen Verhältnisse Auskunft erteilen zu müssen. Die Beamten des Asyls sind bei Strafe sofortiger Entlassung zu einem rücksichtslosen und freundlichen Benehmen gegen die Obdachlosen verpflichtet, um diesen Armen den Aufenthalt im Asyl zu einem möglichst wohlthunenden zu gestalten. Von großem Interesse ist es nun, die Wirkung dieses humanen Systems zu beobachten. Derjenige, der der Meinung ist, es ließe sich in einer so bunt zusammengewürfelten, durch die äußerste Noth auf das ärgste verwahrlosten Masse Disziplin und gestilltes Benehmen ohne die üblichen Polizei-Eingriffe nicht erzielen, würde bei einem Besuch eines dieser Asyls — in der Wiesenstraße 55 oder Finklerstraße 3 — sehr erstaunt sein, zu sehen, daß das Verhalten der vielhundertköpfigen Menge geradezu musterhaft ist. Die Verwaltung des Asyls hat die Einrichtung getroffen, daß vor der eigentlichen Zulassung in die Wasch- und Bade-, resp. Schlaf- und Schlafräume, die im Winter im Saal, im Sommer um sechs Uhr beginnt, die Obdachlosen in einer erwärmten Sammelhalle Aufnahme finden, damit sie den Einlaß nicht auf der kalten Straße abwarten müssen. Die Sammelhalle des Männer-Asyls faßt 700 Besucher, gerade so viel, als dieses Schlafställe besitzt. In dem größten Theil des Jahres, namentlich in der kälteren Zeit, ist das Asyl täglich gefüllt, und sehr häufig ist auch die Sammelhalle schon in den ersten Stunden vollständig besetzt. Niemals aber haben wir bei unseren Besuchen des Männerasyls diese große Versammlung, in der das grauhafteste Elend in allen Abstufungen und in jedem Alter vertreten ist, anders angetroffen als ruhig und gestillt. Uns scheint es keinem Zweifel zu unterliegen, daß dieses Verhalten der Asylisten die natürliche Folge des ihnen entgegen gebrachten Verhaltens ist. Man behandelt die Ausgesessenen der Gesellschaft hier einmal wie Menschen, in brüderlicher Gesinnung ihnen Hilfe anbietend, statt sie mißtrauisch und verdächtigend zu empfangen und, wie im städtischen Obdach, einem hochnotpeinlichen polizeilichen Verhör zu unterwerfen, das den Unglücklichen in vielen Fällen unerschöpfte Noth auch noch als Schimpf empfinden läßt. Ganz natürlicherweise weckt im Gegensatz dazu ein Benehmen, das dem Elend mit rücksichtloser Theilnahme entgegenkommt, die gute Instinkte, und für den Psychologen sind die Erfahrungen, die man in den Asylen des Berliner Vereins für Obdachlose gemacht hat, gar nicht wunderbar. Sehr erfreulich ist es, daß dieser Verein, allen Schwierigkeiten ungeachtet, die ihm von gewissen Stellen her bereitet werden, an seinen vortrefflich bewährten Prinzipien festhält und sie weiterentwickelt. So ist in den letzten Monaten ein beachtenswerther Versuch mit der Einrichtung einer Bibliothek in dem Männerasyl gemacht worden. Ein Mitglied des Verwaltungsraths, Herr Hugo Heimann, hat dem Verein eine Vaherei von 522 Bänden geschenkt, die zur Benutzung der Asylisten dienen soll. Die Bibliothek setzt sich zusammen aus unterhaltenden und belehrenden Schriften, illustrierten Zeitschriften und dergleichen. Wir nennen z. B. den „Pensée“ den „Novellenschatz“, die Sammlung von Spemann und Engelhorn, die Bibliothek der Unterhaltung und des Wissens, Jahrgänge der Gartenlaube, von Ueber Land und Meer, Fels zum Meer etc.

Die Auswahl ist sehr verständlich getroffen mit Rücksicht von jeder Art politischer Parteifarbung. Seit dem 1. August ist die Bibliothek in Gebrauch. Die täglich sorgfältig geführte Statistik ihrer Benutzung zeigt, daß die Asylisten von Anfang an sich ihrer gern bedienen. Gleich am 1. August wurden 107 Bücher verlangt; die Ziffer der in der Zeit von 8—12 Uhr in den Anstaltsräumen entliehenen Bücher war eine wechselnde und stieg in den ersten drei Monaten auf 171 pro Tag. Kein einziges Buch ist bisher entwendet oder in abfem Zustand zurückgegeben worden. Wenn man bedenkt, wie abgemüdet, von vergeblicher Suche nach Arbeit und von Hunger erschöpft die meisten in das Asyl kommen, wie sie froh sind, endlich ein Lager gefunden zu haben, um auszuruhen, wie viele sich damit beschäftigen müssen, mit den ihnen von der Anstalt gebotenen Pläcken u. dergl. ihre Wäsche und Kleider nothdürftig auszubessern, dann sind die genannten Zahlen ein sprechender Beweis für das geistige Interesse und den Bildungseifer, der selbst in den Elendesten und Zerabgekommensten steckt. Und wiederum zeigt die feinsinnige Widmung einer Bibliothek durch die Aufnahme, die sie bei den Obdachlosen gefunden, daß die Prinzipien, nach denen der Berliner Asylverein geleitet wird, sich auf das Beste bewähren.

Der Verein Wöchnerinnenheim sendet uns eine Zuschrift, in der die Grundzüge seines Wirkens sowie die Bedingungen, unter denen Wöchnerinnen in seiner Pflegestätte im ehemaligen Erziehungsheim am Urban aufgenommen werden, enthalten sind. Danach sind seit Eröffnung der Heimstätte im Mai d. J. 90 Wöchnerinnen unentgeltlich aufgenommen worden; außerdem haben 16 vom Verein ausgebildete Pflegerinnen über 70 Wöchnerinnen im Hause verpflegt. Bezeichnend für die sozialen Zustände ist die nur zu richtige Mittheilung des Vereinsvorsitzenden, daß nach den gemachten

Erfahrungen eine Hauspflege bei bedürftigen Wöchnerinnen in der Regel nur höchst unvollkommen ausgeführt werden kann, weil es unmöglich ist, die zur Reinlichkeit und Kräftigung unbedingt erforderlichen Mittel, welche im Heim im höchsten Maße zu gebote stehen, den Wöchnerinnen in ihrer Häuslichkeit zu liefern. Es sei deshalb die Entbindung im Heim das weitaus wohlthätigere und wirksamere Mittel der Hilfeleistung, zumal der Verein in die von der Mutter verlassene Häuslichkeit inzwischen zuverlässige Hilfspflegerinnen zur Fortführung der Wirtschaft und Pflege der älteren Kinder entsende. Die genesene Wöchnerin werde beim Verlassen des Heims in warmer Umhüllung mit ihrem Kinde nach Hause gefahren. Jedes Kind, welches während der Wintermonate das Heim verläßt, werde mit warmer Kleidung beschenkt. Bereitwillig seien allen, welche sich dafür interessieren, die Heimstätte in ihrer Einrichtung gezeigt. Der Besucher werde dabei die Ueberzeugung gewinnen, daß der Verein mit Eifer bestrebt ist, das Wohl von Mutter und Kind zu fördern.

Die Aufnahme-Bedingungen sind im wesentlichen folgende: 1. Aufnahme finden in Berlin wohnhafte Ehefrauen, ausnahmsweise in Falle dringender Noth auch Unverehelichte. 2. Kranke, insbesondere an ansteckenden Krankheiten leidende Frauen werden nicht aufgenommen. 3. Die Pflege dauert in der Regel 12—14 Tage; doch wird sie im Bedarfsfall auch über diese Zeit bis zur völligen Genesung fortgesetzt. 4. Bereits entbundene, aber arbeitsunfähige Frauen werden nebst ihren Säuglingen gleichfalls aufgenommen und bis zur Wiedererlangung ihrer Arbeitsfähigkeit verpflegt. 5. Keiner Wöchnerin wird in dringlichen Fällen die sofortige Aufnahme in die Pflegestätte verweigert, so lange ein Bett in derselben frei ist; doch liegt es im eigenen Interesse der Wöchnerin, daß sie sich rechtzeitig — thunlichst 3—4 Wochen vorher — an der Pflegestätte anmeldet.

Auch gebildeten Mädchen und Frauen werde im Heim Gelegenheit geboten, unentgeltlich in drei Monaten Wochenpflege zu erlernen.

„An demokratische Blätter geben wir keine Einlasskarten.“ Diese Antwort ist dem Vertreter der „Berl. Ztg.“, wie das Blatt jetzt meldet, vor kurzem gegeben worden, als der Herr im Bureau der gestern geschlossenen Nahrungsmittel-Ausstellung um Ausbändigung einer Eintrittskarte vorstellig wurde. Die dem Berichterstatter auf seine Bitte zu theil gewordene Antwort ist gewiß ebenso anmaßend wie unklug. Aber uns will scheinen, daß in ihr auch ein Stück Mißachtung der Presse liegt, zu dem diese zum theil selber die Veranlassung giebt. Wer in aller Welt hat den Mitarbeiter der „Berliner Zeitung“ denn gezwungen, um eine Eintrittskarte „vorstellig“ zu werden? Der Eintrittspreis zu öffentlichen Schaustellungen spielt doch im Budget einer Zeitung meist eine so unbedeutende Rolle, daß ein einigermaßen solvennes Blatt sich die paar Mark schon aus dem eigenen Geldschrank leisten und seine Mitarbeiter nicht der Gefahr aussetzen sollte, als — Wittkeller behandelt zu werden. Die Presse würde sich weit mehr Respekt verschaffen, wenn sie hinter derartigen Vergünstigungen weniger hinstähe.

Bei den gestrigen Stadtverordnetenwahlen der 1. Abteilung wurden, wie nicht anders zu erwarten war, sämmtliche bisherigen Geldsackvertreter wiedergewählt.

Weglich der Einführung der elektrischen Straßenbahn in Berlin sind die Behörden von ihren bisherigen Bestimmungen, daß die oberirdische Leitung nur in den Vorstädten anzuwenden sei, abgewichen; es wird vielmehr nach Bedarf auch in den Straßen des Centrum oberirdische Leitung angelegt werden. So ist zu diesem Zweck beispielsweise der untere Theil der Königsstraße, die Spannerstraße, Alexanderstraße bis zum Alexanderplatz, Mänsstraße und Rosenhelenstraße freigegeben worden. Es wird nunmehr für jeden einzelnen Straßenzug, durch welchen infolge Umwandlung des Pferdebahnbetriebes die elektrische Straßenbahn geleitet wird, im Einverständnis mit Magistrat und Polizeipräsidentium festgelegt werden, ob dort oberirdischer oder Akkumulatoren-Betrieb plahgreifen soll.

Bei der Jubiläumsversicherung ist es in neuerer Zeit wiederholt vorgekommen, daß versicherungspflichtige weibliche Personen, die sich verheirathen, zur Zeit der Eheschließung noch nicht die zur Rückzahlung der Beiträge der geleisteten Beiträge erforderlichen 235 Arbeitswochen geleistet hatten und daher nach der Verheirathung das Versicherungsverhältnis so lange freiwillig fortsetzten, bis 235 Marken verwendet waren. Dies ist jedoch ganz zwecklos, da solche weibliche Personen nach einer neueren Entscheidung, wie von den Aufsichtsböörden jetzt bekannt gegeben wird, auf Wiederstattung von Beiträgen keinerlei Anspruch haben. Es müssen vielmehr sämmtliche 235 Arbeitswochen schon vor der erfolgten Eheschließung tatsächlich geleistet sein.

Der Verein Berliner Milchpächter nahm am Dienstag in seiner November-Sitzung Stellung zu der vom Kommerzienrath Bolle verfügten Entlassung sämmtlicher unverheiratheten katholischen Arbeiter. Die Vereinsmitglieder verpflichteten sich, die Ausgesperrten nach Möglichkeit in ihren Geschäften unterzubringen, und sollen Balansen wie Bewerbungen vom Vereinsorgan („Milchzeitung“) gebracht werden.

Das von dem Pianisten Herrn Liebling in seiner bekannten Affäre eingereichte Gnadengesuch ist einer hiesigen Korrespondenz zufolge zurückgewiesen worden. Herr Liebling hat bekanntlich wegen thätlicher Beleidigung des Musikreferenten Löwengard 14 Tage Gefängnis abzubüßen.

Es hat allgemeine Verwunderung erregt, daß das abgspielte Spektakelstück „Madame Sans-Gêne“ noch auf der Bühne des königlichen Schauspielhauses erscheinen soll. Herr Genschen schreibt hierzu in „Dann, Rour“:

„Madame Sans-Gêne“ hat der Kaiser sich im Berliner Festspiel-Theater, das er nicht durch seinen Besuch beehrt, nie angesehen. Aber gelegentlich eines Besuchs am Darmstädter Hofe sah er im dortigen Hoftheater eine Aufführung von „Madame Sans-Gêne“, bei welcher, laut offiziellen Zeitungsnotizen, ein Theil jener Möbel verwendet wurde, deren Napoleon sich einst bei einem Aufenthalt in Darmstadt bediente. Und wenn jetzt das Berliner Hoftheater die bereits 283 mal in Berlin abgspielte „Madame Sans-Gêne“ zur Aufführung erzwingt, so tritt man schwerlich in der Annahme, daß dies nur mit ausdrücklicher kaiserlicher Genehmigung geschah.

Am Ende wird man nun im Schauspielhaus die Möbel zu Gebote bekommen, die Napoleon nach der Schlacht von Jena im Hohenzollernschloße zu Berlin benutzte hat.

Die Denkmäler Schiller's und Luther's waren gestern am Jahrestag der Geburt der beiden Geistesheroen mit Kränzen und Blumen geschmückt.

Haarereien unter Gebildeten. Eine Spezialität der „Brandenburgia“ scheint es zu sein, bei den Herren mit den Zähnen, statt mit den Waffen zu pariren. Vor längerer Zeit wurden einem ihrer Mitglieder bei einer Schlägerei acht Zähne gelodert, ein anderer verlor zwei. Einer dieser jungen Männer wurde Zahnarzt, ob infolge der Noth, steht indessen nicht ganz fest. Jetzt erhebt wieder ein junges Semester, der Studiosus Johann Friedmann, bei einer Bestimmungsbürens von einem Ururgermanen außer einigen Quartieren drei Wadenzähne aufgeschlagen.

Streik der Statisten. Mit großen Hindernissen war, dem „Berl. Tagbl.“ zufolge, die vorgelagerte Abendvorstellung des Friedrich-Wilhelmstädtischen Theaters verknüpft. Die in dem Stück „Die Heze“ beschäftigten zehn männlichen Statisten entfernten sich von der Bühne und weigerten sich, weiter zu spielen, da die ihnen von der Direktion bewilligte Gage von 75 Pf. pro Spielabend um 25 Pf. gekürzt wurde. In dieser Situation sollen die Bühnenarbeiter unsofortig gehandelt und Herrn Direktor Samst Statistendienste geleistet haben.

Zu unserem vorgestrigen Artikel über die Mängel der ärztlichen Hilfeleistung schreibt uns Herr Dr. med. Mugdan, daß die

neugegründete Centrale der Rettungsgesellschaft auf telephonische Beauftragung hin (Amt I Nr. 5228) ohne Rücksicht auf Vermögensverhältnisse sofort Krankenwagen zur Verfügung stellt; die Gesellschaft hatte auch mit den hiesigen Krankenhäusern, das Elisabeth-Krankenhaus ausgeschlossen, Verbindungen aufrecht. Zweimal täglich werden von den Krankenhäusern gemeldet, ob und wieviel Betten frei seien.

Eine folgenschwere Gasexplosion ereignete sich Mittwoch Abend kurz vor 6 Uhr in der Fabrik für Signalbau- und Eisenkonstruktion von Hein, Lehmann u. Komp., Chausseest. 113. Der massive rechte Seitenflügel derselben enthält im Parterreraum die mechanische und im oberen Stock die Schlosserwerkstatt. Um die angegebene Zeit erfolgte plötzlich eine gewaltige Detonation, die Fensterscheiben flog auf den Hof und aus den Entsondenen Dampfschichten schlugen meterlange Flammen. Ober-Ingenieur Sohn, der sich im anschließenden Bureauaum befand, ließ sofort die Feuerwehre alarmiren und drang dann mit Schloßern, die sich aus dem oberen Raum gerettet und von ihrem Schreck erholt hatten, in die mit dichtem Rauch angefüllte mechanische Werkstatt ein. Die vorher bereits angezündeten Lampen waren durch die Explosion verloscht, doch gelang es, alle Personen des Parterre- und oberen Stockes in Sicherheit zu bringen. Die genaue Zahl derselben konnte in der entstandenen Verwirrung gar nicht festgestellt werden, doch befinden sich unter den Getroffenen 4 schwer und 4 bis 5 leicht Verwundete. Mittlerweile war die Feuerwehre erschienen, die den Angriff auf das Feuer ausnahm, dauben aber noch die schwierige Aufgabe hatte, aus dem Keller, dem Herde der Explosion, noch Personen herauszuschaffen. Das Vordringen war selbst mit dem Rauchhelm schwierig. Auf Händen und Füßen krochen die braven Feuerwehrmänner, um den etwa noch Lebenden die Freiheit zu verschaffen. Trotz Feuer und Rauch gelang es beim zweiten Vordringen, die Arbeiter August Lehmann und Wittkowski, allerdings schwer verbrannt, herauszuholen. Wittkowski starb jedoch bald darauf unter den Händen der herbeigeholten Ärzte. Schon wollte man von weiteren Rettungsversuchen absehen, weil man alle Personen gerettet glaubte; Ober-Ingenieur Sohn ermittelte jedoch, daß noch eine Person vermißt werde. Noch zweimal drangen die Feuerwehrmänner unter eigener Lebensgefahr in den Keller, ohne jedoch den Vermissten zu finden. Da das Kellerloch infolge der rundum aufgehäuften Eisentheile schwer zugänglich war, so wurde an der entgegengesetzten Seite der Werkstatt der Boden durchgeschlagen und so ein neuer Eingang zum Keller hergestellt. Und das alles inmitten des sinkenden Qualmes, der seine Entstehung der großen Haufen brennender Pflaster verbanke. Endlich beim fünften Vordringen gelang es, den vermißten Arbeiter Friedrich Sipp in einer Ecke des Kellers aufzufinden. Er zeigte noch schwache Lebenszeichen, verstarb aber kurz darauf. Wenn somit augenblicklich nur zwei Tode zu verzeichnen sind, so dürfte sich deren Zahl nach Ansicht der Ärzte noch vermehren. Die Toten wurden mittels Leichenwagen fortgeschafft, während die Verwundeten nach der Unfallstation gebracht wurden. Wie die Explosion erfolgte, ist noch nicht aufgeklärt. Freilich steht, daß die Lampen der Fabrik bereits eine Zeit brannten, so daß also die Gasleitung vorher intakt war.

Fahrradschwinder. Ein raffinierter Betrug ist zwei Cammern in einem Fahrradgeschäft am Belle-Alliance-Platz gelungen. Dort erschienen zwei junge Leute im Alter von 18 bzw. 19 Jahren, angeblich, um zwei Fahrräder zu kaufen. Sie erzählten dabei, daß sie augenblicklich nicht in der Lage seien, die Maschinen zu bezahlen, dafür aber am folgenden Tage ein Sparloosenbuch über 750 M. als Unterpfand geben würden, von denen der Fahrradhändler 150 M. sofort abheben könne. Um in dem Verkäufer keinen Argwohn aufkommen zu lassen, zahlten die beiden jugendlichen Cammer 5 Mark Anzahl und ließen sich die Fahrräder reserviren. Zwei Tage später erschienen die Buchsen wieder und übergeben dem Fahrradhändler ein Sparloosenbuch über 750 M., worauf sie die Fahrräder erhielten. Das Buch lautete auf den Namen eines Pferdebeschafters in der Kreuzbergstraße. Den Rest für die Räder wollten sie ein paar Tage später daur bezahlen, damit das Sparloosenbuch nur um 150 M. reduzirt werde. Als die beiden aber später nichts mehr von sich hören ließen, schickte der Fahrradhändler einen seiner Angestellten nach der Adresse in der Kreuzbergstraße. Dort wohnte auch ein Pferdebahnbeamter des bezeichneten Namens, und nun klärte sich die Sache schnell auf. Dem Pferdebahnbeamten waren vier Sparloosenbücher gestohlen worden, und die beiden Fahrradschwinder waren die Diebe gewesen.

Am der Volkshochschule Humboldt-Ademie, Lehrstätte Königsplatz, Ghibelstraße 57/58, begann heute, Donnerstag, abends präcise 9 Uhr, die letzte der vollständigen Vortragsreihen dieses Quartals: Dr. med. Rognes Blum, Gesundheitspflege der Frau (schlußständig), wozu nur Damen Zutritt haben. Der heutige Vortrag ist frei. Programm und Karten im Bureau, T. H. F. r. d. l. 9. Buchhandlung, Landbergerstr. 32.

Feuerbericht. Dienstag Abend erfolgte Alarm nach Dresdenstr. 96, wo in einer Wohnung Stoffe und Möbel in Brand gerathen waren. Hierbei erlitt ein Dienstmädchen Brandwunden an Händen und Füßen. Der Feuerwehre gelang es bald, das Feuer zu löschen. — Kurz nach 11 Uhr gerieth Prenzlauerstr. 31 ein Posten Papier in einem Kellerkammer in Brand, der bei Ankunft der Wehre bereits beseitigt war. — Mittwoch früh 9 Uhr mußte Reinickendorferstr. 70 ein Garbinenbrand abgelöscht werden. — Eine Stunde später hatte Kastanien-Allee 45 die Schaldecke in der Waschküche Feuer gefangen, das erst bemerkt wurde, als es erheblichen Schaden angerichtet hatte. — Nachmittags 2 Uhr brannten Hirtenstr. 19 in der alten Kaserne Betten und Hausgeräth.

Zwei Traurige, ge. A. B. 4. 96 und E. S. 4. 4. 96, die am 25. v. M. eine unbekante Frau durch einen Schußtod bei einem in der Ballisadenstraße wohnenden Pöndelher verpfänden wollten, sind als muthmaßlich gestohlen beschlagnahmt worden und können im Präsidialgebäude, Zimmer 325, in den Vormittagsstunden besichtigt und entgegengenommen werden.

Der nach Untersuchung von 22 000 M. flüchtig gewordene Buchhalter Hermann Jeschke wurde von der Kriminalpolizei festgenommen. Jeschke war seit Jahren in der Vorgesellhandlung von Oberländer's Erben, Andreaskstraße 19, thätig und hatte im Laufe der Zeit seine bedeutenden Veruntreuungen ausgeführt. Den größten Theil des Geldes verweilte er auf den Rennbahnen in Karlsruhe und Weihenstephan, hier wurde er auch von einem Kriminalkommissar verhaftet.

Aus Berlin ausgewiesen wurden sofort nach ihrer Ankunft eine Anzahl junger Kaufleute aus Rumänien, welche nach ihrer Angabe hergekommen waren, um hier Stellen zu suchen, beziehungsweise Agenturgehäfte zu betreiben. Die Ausweisung soll, dem „Berl. Tagbl.“ zufolge, deshalb erfolgt sein, weil die Rumänen sich nicht im Besitze ausreichender Substanzmittel befanden. Angehts der zahlreichen Brandschadungen hiesiger Kaufleute und welche in Rumänien ihren Sitz hat, hält es die Behörde für geboten, den rumänischen „Agenten“ gegenüber die äußerste Vorsicht walten zu lassen.

Im Pöndelhof ist seit kurzem ein neues Programm zusammengestellt worden, das mancherlei des Interessanten bietet. Vor allem ist die Barbarina-Balletgesellschaft zu nennen, welche russische Tänze mit Gesangsbegleitung aufführt und sich durch Eleganz wie durch körperliche Ausdauer auszeichnet. Unter reichem Beifall wird außerdem die Pöndelhof-Ballettruppe aufgeführt. Aus der städtischen Schaar der Spezialitäten erwähnen wir den Pöndelhof-Kaufmann Herrn Franzos Nietsche, einen Künstler, der sich an Wambuschäden produziert, die Stoffqualitätsfragen, die Parterre-Akrobaten Wolpert, sowie den Humoristen Hansen. Es sei noch hervorgehoben, daß auch die lebenden Photographien im Pöndelhof nicht fehlen. Im ganzen läßt sich sagen, daß das Programm dieses Monats nichts an Vielfältigkeit zu wünschen übrig läßt.

Durch eine von einem Wagen herabfallende Kiste ist die 40 Jahre alte Schneiderin Johanna Reinberg vom Kronprinzen-Ufer 6 schwer verunglückt. Diese kam auf dem Heimwege an einem an der Ecke der Neuen Wilhelm- und Dorotheenstraße haltenden Rollwagen vorbei, auf dem Kutscher dabei waren, Kisten umzupacken. Eine dieser Kisten fiel herab und der Schneiderin auf den Kopf und brachte ihr schwere Verletzungen bei. Leute, die dazu kamen, führten die Verunglückte auf die Wache des dritten Polizeiviertels und von hier brachte sie ein Schuhmann in ein Krankenhaus.

Aus den Nachbarorten.

In Schöneberg haben gestern die Stadtverordnetenwahlen der dritten Abtheilung stattgefunden. Unsere Parteigenossen waren, wenn auch unter den größten Schwierigkeiten, bekanntlich ebenfalls an den ersten Kommunalwahlen der nun zur Stadt erhobenen Vorortgemeinde beteiligt. Von den 16 Mandaten, die in der dritten Abtheilung zu belegen sind, waren acht für die Hausbesitzer reserviert, und diese müssen, wie in Schöneberg die Verhältnisse liegen, von vornherein dem Bürgerthum überlassen bleiben. In den übrigen acht Wahlbezirken waren von unserer Seite Kandidaten aufgestellt worden. Das Resultat der Wahlen ist folgendes: Im zweiten Wahlbezirk erhielt unser Kandidat 83 Stimmen, der „Unabhängige“ 95 und der Bürgerpartei 111 Stimmen. Jene eine politische Bedeutung wohnt der Spaltung unter den bürgerlichen Parteien nicht bei; die Herrschaften bringen einen rein örtlichen Kräfte zum Ausdruck. Im zweiten Bezirk hat also Stichwahl zwischen Bürgerparteiern und Unabhängigen stattgefunden. Im dritten Bezirk erhielt unser Genosse Richter 97 Stimmen, der Unabhängige 94 und der Bürgerpartei 101. Das Resultat ist also eine Stichwahl zwischen unserem Kandidaten und dem Bürgerparteiern. Im fünften Bezirk erhielt unser Genosse Masch 98 Stimmen, der Unabhängige 74 und der Bürgerpartei 61. Es findet also zwischen unserem Genossen und dem Unabhängigen Stichwahl statt. Im sechsten Bezirk fielen auf unseren Genossen Hoffmann 94 Stimmen, auf den Liberalen 150, auf den Bürgerparteiern hingegen 61. Hier hat also ebenfalls zwischen Sozialdemokraten und Liberalen eine Stichwahl zu erfolgen. Im neunten Bezirk erhielt Genosse Obst 169 Stimmen gegen 51, welche auf den Liberalen, und 88, welche auf den Bürgerparteiern fielen, unser Genosse Obst ist mithin zum Stadtverordneten gewählt. Im vierzehnten Bezirk fielen auf unseren Genossen Hoffmann 63, auf den Unabhängigen 132 und auf den Bürgerparteiern 63 Stimmen; also auch hier kommt es zu einer Stichwahl zwischen unserem und dem unabhängigen Kandidaten. Im fünfzehnten Bezirk erhielt Genosse Meiling 88, der Liberale 73 und der Bürgerpartei 130 Stimmen, letzterer kommt also mit unserem Genossen in Stichwahl. Im sechzehnten Bezirk endlich hat Stichwahl zwischen Unabhängigen und Bürgerparteiern Stichwahl stattgefunden, unser Kandidat blieb mit 67 Stimmen hinter dem Liberalen, der 100, und dem Bürgerparteiern, der 90 Stimmen erhielt, zurück.

Die Wahlbeteiligung war, wie die mitgetheilten Zahlen zeigen, im ganzen außerordentlich lau. Es lag dies an der Interesslosigkeit, welche sich nicht allein in bürgerlichen Kreisen geltend machte und an der ungünstigen Wahlzeit, die absichtlich nur bis abends 5 Uhr bemessen war; die große Mehrzahl der Arbeiter war also von der Ausübung des ihnen auf dem Papier zugesandenen Staatsbürgerrechts ausgeschlossen! Desgleichen wird berichtet, daß von seiten der Gegner niederrückigste Wahlbeeinflussung geübt wurde.

Unsere Parteigenossen werden es zu den Stichwahlen nicht an Eifer fehlen lassen, um in den fünf Bezirken, wo sie mit bürgerlichen Parteien zu kämpfen haben, unseren Kandidaten zum Siege zu verhelfen.

Nummelsburg. Parteigenossen! Am Sonnabend Abend 7 1/2 Uhr findet die Volksversammlung statt, in welcher die Renewahl der Vertrauensperson vorgenommen wird. Zahlreiches Erscheinen ist der wichtigen Tagesordnung wegen erforderlich. Alles Nähere morgen im Informat und an den Anschlagtafeln. Der Vertrauensmann.

Charlottenburg. Heute, Donnerstag, abends 8 Uhr, findet für den 3. Kommunal-Wahlbezirk eine Versammlung bei Prekel, Osnabrücker- und Reppelerstraßen-Ecke statt, worauf wir besonders aufmerksam machen.

Die bekannte Schöneberger Schulaffäre ist Dienstag Abend auch in der dortigen Gemeindevertretung zur Sprache gekommen, jedoch in einer Weise erledigt worden, die kaum geeignet sein dürfte, zur Beruhigung der erregten Gemüther der Einwohnerschaft und besonders der Eltern zu dienen. Anlässlich einer Vorlage betreffend die Besoldung der Direktoren, Lehrer, Lehrerinnen der Volksschule u. s. w. richtete der Gemeindevorsteher Guß Müller an den Gemeindevorsteher Schmod, der auch Vorsitzender der Schulkommission ist, die Bitte um Aufklärung über den Fall, damit die Vertretung vom Tische des Gemeindevorstandes aus eine objektive Darstellung desselben erhalten. Die Beantwortung dieser Interpellation wurde jedoch vom Gemeindevorsteher rundweg abgelehnt! Mit der Begründung, daß „vorläufig noch nichts gerichtlich erwiesen“ sei! Wenn ferner darauf hingedeutet werde, daß es sich nicht um diesen Fall allein, sondern überhaupt um mehrfach vorgekommene schwere Züchtigungsfälle in Schöneberger Schulen handele, so bemerkte er, daß auch in dieser Hinsicht „nichts bewiesen“ sei, und er müsse die Lehrerschaft so lange in Schutz nehmen, bis letzteres geschehe! Aus diesen Behauptungen des Gemeindevorstandes geht also hervor, daß die Gemeindeverwaltung bezw. die Ortschulbehörde von Schöneberg die Klärung des bewussten einzelnen Falles einfach dem Staatsanwalt überlassen, hinsichtlich der sonstigen Schulverhältnisse jedoch auch ferner nicht das geringste unternehmen.

Köpenick. Die Frage der Aufbesserung der Lehrgelälter ist in Köpenick noch nicht zur Erledigung gelangt, da der Magistrat die von der Stadtverordneten-Versammlung durch den Antrag Horn und Genossen festgelegte Höhe der Lehrgelälter nicht bekräftigt hat. Der Magistrat beharrt bei seinem Antrage, der das Grundgehalt auf 1800 M. und 180 M. Zuschuß festsetzt. Die Stadtverordneten werden sich demzufolge in einer der nächsten Sitzungen noch einmal mit dieser Angelegenheit zu beschäftigen haben.

Der „alte christliche Krieger“ mit dem eisernen Kreuz erster und zweiter Klasse, der Arbeiter Niets in der Spandauer Munitionsfabrik, über den gestern berichtet wurde, hat sich als ein alter Juchhäusler entpuppt. Er hat einen großen Zeitraum seines Lebens in Strafanstalten zugebracht und sein Bild zeigt auch das Berliner Verbrecheralbum. Die letzten acht Strafen, darunter verschiedene Jahre Zuchthaus, sind ihm in Berlin zur Last worden. Die unberechtigten Führung von Orden- und Ehrenzeichen, mit deren Hilfe er die mannigfaltigen Schwindelacten begangen hat, ist immer seine Spezialität gewesen. In der Munitionsfabrik wurde er wegen seiner vermeintlichen Heldenthaten im Kriege von jedermann mit Auszeichnung behandelt; vor vierzehn Tagen hat er sich mit einer ehrfurchtlichen Witwe verheiratet, die keine Ahnung von seinem Vorleben hatte. Der Mensch stammt aus Prenglau. Der alte Juchhäusler hat eine gute Witterung darin bekräftigt, daß er den Patrioticismus als Ausdängelschild benutzte, um „von jedermann“ geehrt zu werden. Man stelle dem Entgegengerommenen, daß so einem Ganner in den königlichen Fabriken zu Ibel wurde, die Behandlung gegenüber, die an dieser Stelle unsehbar einem ehrenhaften Arbeiter trifft, der sich muthvoll als Sozialdemokrat zu bekennen wagt. Nicht einen Tag würde dieser ehrenhafte Arbeiter in den königlichen Fabriken geduldet werden!

Geriichts-Beitrag.

Der vor längerer Zeit wegen des eigenartigen Diebstahls im Hohenjohann-Waifenhaus verhaftete Kaufmann Kay sieht noch immer der Befestigung seines Schicksals entgegen. Als er verhaftet worden war, machte sein Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Schöppe,

Zweifel an der Zurechnungsfähigkeit seines Klienten geltend. Um über diese Zweifel Gewißheit zu verschaffen, wurde der Verhaftete auf Antrag des Kriminalraths Dr. Long der Irrenanstalt zu Dalldorf überwiesen und nach einem dreimonatigen Aufenthalt daselbst wieder in das Untersuchungsgefängnis übergeführt. Da es sich hier um einen schwierigen Fall handelt, konnte der Bericht der Dalldorfer Ärzte noch nicht zum Abschluß gebracht werden. Erst nach Eingang dieses Berichts wird sich entscheiden, ob das Strafverfahren seinen Fortgang nimmt.

Urkundenfälschung und Betrug fielen dem „Redakteur“ Rudolf Schröter zur Last, der sich gestern vor der 8. Strafkammer hiesigen Landgerichts I zu verantworten hatte. Der Angeklagte, welcher einige Zeit lang in Afrika gelebt, giebt hier eine Kolonialkorrespondenz unter dem Titel „Deutsche Afrika-Post“ heraus. Neuerdings hatte er sich damit beschäftigt, für ein in der Bildung begriffenes internationales Informaten-Unternehmen, welches für die in Berlin weilenden Fremden bestimmt ist, Informaten zu sammeln. In dieser Absicht war er auch zu dem Inhaber des Bankgeschäfts Schwerdtfeger u. Komp. gekommen, von diesem aber abgewiesen worden. Er muß nun aber bei dieser Gelegenheit wohl den Stempel der Firma erwirkt und Zeit gefunden haben, diesen auf ein Stück Papier zu drücken, denn er überreichte dem Vertreter des Informaten-Unternehmens eine gefälschte, aber mit dem Firmenstempel und der Firmenunterschrift versehene Bestellung auf ein Informaten und versuchte dafür sofort die Provision zu erhalten. Als Schwerdtfeger u. Ko. den Betrag des Informaten bezahlen sollte, kam die Fälschung ans Tageslicht. Dieser Straftat wurden dem Angeklagten noch zwei Miethschwindelacten zur Last gelegt. In beiden Fällen hatte er bei armen Witwen sich einquartiert, einige Zeit daselbst gewohnt und war dann plötzlich verschwunden, ohne den rückständigen Mietzins nebst Kasse zu zahlen. Er hatte sich beim Miethen der Zimmer als Redakteur der „Staatsb.-Ztg.“ bezw. des „Lokal-Anzeigers“ ausgegeben und soll die Vermietterinnen dadurch getäuscht haben. Er wurde in diesen beiden Fällen freigesprochen, weil sich nicht feststellen ließ, daß gerade die Bezeichnung als Redakteur die Geschädigten zum Vermietthen bewegen hatte. Wegen der Urkundenfälschung wurde der Angeklagte zu zwei Monaten Gefängnis verurtheilt, auf die Strafe aber ein Monat Untersuchungshaft angerechnet.

In dem Streite der beiden Privatdozenten Dr. Nihe und Dr. Casper, der mit der Verurtheilung des Dr. Nihe zu 300 M. und im Wege der Widerklage mit der Verurtheilung des Dr. Casper zu 100 M. Geldstrafe endete, ist von beiden Seiten Berufung eingelegt worden, so daß dieser die ärztlichen Kreise hervorragend interessirende Streit auch noch die Strafkammer beschäftigen wird. Die Berufung des Dr. Casper richtet sich gegen die eigene Verurtheilung und trägt, daß Dr. Nihe nur auf Grund der §§ 185 und 186 und nicht auf Grund des § 187 des Strafgesetzbuches verurtheilt worden ist.

Die Schöneberger Schulaffäre, bei welcher es sich um den angeblich durch Mißhandlung seitens eines Lehrers herbeigeführten Tod des Schulknaben Rudolf Fischer handelt, läßt sich sehr bald vor Gericht erledigt werden. Im Anschluß an jenes Vorkommnis hatte das „Schöneberger Tageblatt“ in mehreren Artikeln die Schöneberger Schulstände in einer Weise beleuchtet, durch die sich die dortigen Lehrer beleidigt fühlen. Der Schöneberger Lehrerverein hat deshalb den Rechtsanwalt Dr. Schwindt beauftragt, die Beleidigungsklage anzustrengen. Bei dieser Gelegenheit wird sich reichlich Veranlassung finden, auf den Tod des Schulknaben Fischer zurückzukommen.

Versammlungen.

Die Abrechnung der Lokalfunktionäre Schneider vom Konfektionsarbeiter-Streik bildete den Gegenstand der Debatte in einer öffentlichen nur von einigen vierzig Personen besuchten Versammlung von Konfektionsarbeitern und Arbeiterinnen. Bekanntlich hat die Berliner Gewerkschafts-Kommission vor kurzem einen Aufruf im „Vorwärts“ erlassen, worin sie sagt, daß über die von der Lokalen Richtung für den Konfektionsarbeiter-Streik gesammelten Gelder trotz Aufforderung der Gewerkschafts-Kommission bis heute noch keine Abrechnung erfolgt sei. In den Führern dieser Richtung habe auch Frau Gubela gehört. In einer von derselben abgehaltenen Versammlung sei die Einführung einer Agitationsmarke beschlossen; vor solchen unkontrollierbaren Sammlungen müsse die Arbeiterchaft im Hinblick auf die Erfahrungen, die die Gewerkschafts-Kommission mit den Schreibern lokaler Richtung gemacht habe, gewarnt werden. In der gegenwärtigen Versammlung suchte sich Frau Gubela gegenüber dieser Auffassung der Gewerkschafts-Kommission zu verteidigen. Sie behauptet, daß ihr die Abrechnung vom Streik nichts angehe, da sie mit den Sammlungen nichts zu thun gehabt habe. Sie habe nur eine einzige Sammelliste gehabt; an die Anhänger der Lokalen Richtung seien überhaupt nur etwa 10 Listen ausgegeben worden, denn die Zentralisten hätten die Lokalistin möglichst von den Sammlungen fern zu halten gesucht und dieselben ausschließlich von Anhängern der zentralen Richtung vornehmen lassen. Die Gewerkschafts-Kommission habe übrigens die Lokalistin gar nicht zur Abrechnung eingeladen. Frau Gubela verlas eine Reihe von Ausgabeposten, die zusammen 700-800 M. ausmachten; diese habe sie gedeckt aus Sammlungen, die sie privatim vorgenommen habe. Im übrigen protestirte sie ganz entschieden gegen die Herabsetzung ihres ehelichen Namens, und meinte, wegen der Abrechnung über die Streiksammlungen müsse man sich an Kulik wenden. Diese Frau bemerkte, daß Kulik die Sammlungen innerhalb der Lokalen Richtung der Herrenkonfektion geleitet habe. Er, Wiesemann, habe Kuliks Abrechnung revidirt und für richtig befunden. Nachdem der Streik kurzgehand beendigt war, habe man sich nicht veranlaßt gesehen, das wenige Geld abzuliefern. Dasselbe sei zur Unterstützung der Familie eines inhaftirten Kollegen, sowie zur Agitation verbraucht worden. Schulz, Witte und Millarg bekräftigten die Frau Gubela, daß die von ihr verlesenen Ausgabeposten doch keine Abrechnung darstellen. Wenn sie Ausgaben gemacht habe, müsse sie auch Einnahmen erzielt haben. Letztere habe sie aber kein Wort gesagt. Es sei Brauch in der Arbeiterbewegung, daß über alle öffentlich gesammelten Gelder und über deren Verwendung öffentliche Rechnung gelegt und dieselbe durch Revisoren geprüft werde. Das müsse man auch von Frau Gubela verlangen. Des weiteren wurden von den Anhängern lokaler Richtung die heftigsten Vorwürfe gegen die Zentralisten im allgemeinen und einzelne Personen des Zentralverbandes der Schneider im besonderen geschleudert und letztere beschuldigt, sie hätten den 1500 Personen starken Lokalverein der Schneider systematisch zerstückelt. Ein Vorwurf, dem Schulz und Witte sehr energisch entgegentraten. Millarg nahm die Gewerkschafts-Kommission gegen den ihr von Lokalistin gemachten Vorwurf der Parteilichkeit in Schutz, indem er darauf hinwies, daß beide Richtungen in der Gewerkschafts-Kommission in gleicher Stärke vertreten seien und schon aus diesem Grunde eine Bevorzugung der zentralen Richtung gar nicht stattfinden könne. Er führte weiter aus, daß es nur die Schuld der betreffenden Personen sei, wenn sie trotz Aufforderung nicht zur Rechnungslegung bei der Gewerkschafts-Kommission erschienen wären. Nach sehr langer Debatte, in der es mitunter zu recht heftigen Auseinandersetzungen zwischen Vertretern beider Richtungen kam, wurde beschlossen: die Berliner Gewerkschafts-Kommission beauftragt drei ihrer Mitglieder, welche der Lokalen Richtung angehören, jedoch keine Schneider sein dürfen, die Abrechnung über alle von den Konfektionsarbeitern lokaler Richtung gesammelten Gelder, sowie die von Frau Gubela privatim veranstalteten Sammlungen, soweit dieselben nicht den neugegründeten Lokalen Verein der Konfektionsarbeiter betreffen, zu prüfen.

Ueber den Stand des Streiks berichtete in einer öffentlichen Korbmacher-Versammlung am 9. November in den Andreas-Friedrich-Gräber: Von den 108 Korbmachern, die am 26. Oktober in den Ausstand traten, seien zur Zeit noch 55 Ausständige vorhanden; im ganzen hätten sich 14 Streikbrecher gefunden.

Nach genauen Erkundigungen sei die augenblickliche Situation eines günstigen zu nennen; bei konsequentem Ausbannen der Streikenden könne der Ausstand zu freierem Ende geführt werden. In der recht ausführlichen Diskussion wurden von anderer Seite verschiedene Momente hervorgehoben, die beweisen sollten, daß es taktisch klüger gehandelt sei, den Ausstand zu beendigen. Von beiden Seiten wurden durch eine ganze Reihe Redner gewichtige Gründe für und gegen Aufhebung des Streiks dargelegt und eingehend begründet. Eine ganze Reihe von Anträgen beider Meinungen gingen dem Versammlungsbureau zu, alle fanden ihre Erledigung durch den Beschluß der Versammlung, über die Streitfrage nur die Streikenden in geheimer Abstimmung entscheiden zu lassen. Der Namensaufruf ergab, daß sämmtliche 55 Ausständige anwesend waren; 40 von ihnen stimmten für weiterstreiken, 13 für Aufnahme der Arbeit zu dem reduzierten Lohne, 2 Stimmen waren unglücklich. Die Aufhebung der Streikunterstützung erfolgte nach Schluß der Versammlung. Angeregt wurde, in anbeacht der wenig günstigen Finanzlage sofort Sammellisten herauszugeben und dem Delegirten der Gewerkschaftskommission empfohlen, das weitere zu veranlassen.

Eine Former-Versammlung fand am Dienstag Abend im Kolberger Salon statt. Auf der Tagesordnung stand: „Die wirtschaftliche Lage der Former und Berufs-genossen nach der Aufsperrung.“ Referent war der Former Louis Müller. Es sind nach seinen Ausführungen nach aufgesperrt 92 Former und Berufsgenossen. Die Unterstüfung belief sich in der vorigen Woche noch auf 560 M. Der Referent konstatierte, daß sich die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in den Gießereien bedeutend verschlechtert haben. Vor dem Einigungsamt sei von den Unternehmern versprochen worden, erst die Aufsperrten in Arbeit zu nehmen, ehe auswärtige Arbeiter eingestellt werden. Das sei aber nicht überall innegehalten worden. Bei verschiedenen Firmen seien von außerhalb Arbeiter herangezogen worden, trotzdem noch Arbeitslose vom Streik vorhanden sind. Von solchen Firmen werden genannt Pöhl, „Germania“ in Tegel, Sentler, Nischele u. Bachmann, Reindt &c. Auch die gezahlten Löhne seien mehrfach zurückgegangen. Es scheine sogar, als ob die Arbeiter auf neue zu einem Streik provoziert werden sollten. Bei Reindt, Pöhl sind nach dem Streik bedeutend geringere Preise geboten worden, als sie vor dem Streik bestanden. Wehrlich liegt es bei Stellung u. Thomas. Der Referent fordert die Formellen auf, sich Preisreduktionen nicht gefallen zu lassen, sondern die alten Preise aufrecht zu erhalten. Namentlich die während des Streiks angelegerten Arbeiter fungiren überall als Preisdrücker. Vielesoch erfüllen aber auch die alten Arbeiter, die während des Streiks die Organisation sehr gut zu sichen wußten, ihre Pflichten nicht. So werden von vielen die beschlossenen 5 pSt. zur Unterstüfung der Aufgesperrten nicht bezahlt. Der Referent fordert die Former auf, fest zur Organisation zu halten und ihre Pflichten zu erfüllen. Bei zukünftigen Streiks würden solche, die sich in Friedenszeiten nicht um die Organisation gekümmert haben, nicht mehr unterstützt werden. — Plath geht ebenfalls auf die wirtschaftliche Lage der Former ein. Jernick meint, die Arbeiter seien zum theil selbst an der Verschlechterung schuld. Sie hätten unmittelbar nach Beendigung des Streiks die Gießereien überlaufen und dadurch ein scheinbares Ueberangebot hervorgerufen.

Nach Beendigung der Diskussion sind verschiedene Wahlen vorgenommen. Als Agitationskommission werden gewählt: Müller, Plath, Hartig und Jernick. Zum Vertrauensmann wird Louis Müller, zum Stellvertreter Vertrauensmann wird Jernick gewählt. In die Gewerkschafts-Kommission werden delegirt Müller und Jernick. Ferner wird noch beschlossen, den ersten Vertrauensmann, Müller, in Zukunft zu besolden, um ihn von den Unternehmern unabhängig zu machen und seine ganze Arbeitskraft für die Organisation zur Verfügung zu haben. Als Wochenlohn werden 36 M. festgesetzt. — Der Beschluß, 5 pSt. vom Wochenlohn zu zahlen, wird fallen gelassen; in Zukunft soll wieder auf Listen gesammelt werden, wobei jeder nach Kräften steuern kann. Ferner wird vorgeschlagen, daß diejenigen unter den noch Aufgesperrten, die der Organisation vor dem Streik nicht sechsundzwanzig Wochen angehört haben, von nun ab keine Streikunterstützung mehr bekommen sollen. Es handelt sich um vier Personen, die in dieser Weise nicht vollberechtigt sind. Es wird dem jedoch mehrfach widersprochen, weil auch bei den gegenwärtigen Sammlungen viele Unorganisirte sich beteiligten. Die Versammlung beschließt, die Unterstüfungen auch an die nicht vollberechtigten weiter zu bezahlen.

Eine außerordentlich stark besuchte Maurerverversammlung, wozu die Lohnkommission die Vertreter aller Berufe im Bau- u. Gewerbe eingeladen hatte, tagte am Dienstag bei Keller, KopenstraÙe. Die Tagesordnung lautete: Bericht-erstattung der Lohnkommission über die stattgehabte Feststellung der Mißstände auf den Bauten und Diskussion über die zur Abstellung derselben notwendigen Vorschläge. In einem fast zweistündigen Vortrage schilderte der Maurer Silber Schmidt die Schäden und Mängel im Bauhand, wobei er in gedrängter Form ein Bild entwarf über die gerabete schauerhaften Zustände in bezug auf die schlechte Beschaffenheit des Mauerwerks, der Baubuden, Aborte &c., die durch die vorgenommene Baukontrolle an das Tageslicht befördert worden sind. — Das Ergebnis dieser Baukontrolle ist sachgemäß bearbeitet und nebst kurzen Abhandlungen über 1. Grundstücksbucher und Bauhandwider, 2. Submissionswesen, 3. Akkordarbeit, zu einer Broschüre zusammengelagt, die unentgeltlich an die Versammlungsbesucher verteilt wurde. — Der Referent begründete sodann in eingehender Weise die Forderungen, durch welche wenigstens die ärgsten Mißstände beseitigt werden sollen und die sich an die Gesetzgebung respektive Behörden richten, da, wie der Redner ausführte, durch Arbeitsunterbrechungen &c. auf diesem Gebiet nicht alles zu erreichen ist und plädiert schließlich für ein allgemeines Vorgehen sämmtlicher dem Bauwesen angehöriger Berufe, im Sinne der von der Lohnkommission der Maurer gestellten, unten folgenden Resolution. (Von der Wiedergabe des Referats, das von den Versammelten mit lebhaftem Interesse aufgenommen wurde, sehen wir heute ab, und verweisen auf den in den nächsten Tagen erscheinenden, die Mißstände im Bauwesen behandelnden Artikel. Die Red.)

Au der hierauf folgenden Diskussion beteiligten sich auch mehrere Redner, welche mit der Kontrolle betraut waren und die Ausführungen des Referenten, sowie die Details des Inhalts der Broschüre bekräftigten, dabei aber ausführten, daß die festgestellten Fälle eher zu milde als etwa zu streng geschildert worden sind. Es wurde von diesen Rednern behauptet, daß sie sich in mehreren Fällen, wo es sich um Mißstände handelte, die das Leben und die Gesundheit der auf dem Bau beschäftigten Arbeiter im höchsten Maße gefährdeten, an die Polizeibehörde gewandt haben, um diese zu veranlassen, dem Bauunternehmer aufzugeben, die Verordnungen zur Verhütung von Unfällen innezuhalten, leider haben in wiederholten Fällen diese Anzeigen keinen Erfolg gehabt. In längeren Ausführungen schilderte der Lötzer David die Mißstände, das Arbeiten bei offen brennenden Kalklöcher und im Winter auch noch bei unverschlachten Fenstern, unter welchen besonders seine Berufskollegen zu leiden haben und äußert sich schließlich dahin, daß sich seine Gewerkschaft mit dem geplanten Vorgehen einverstanden erklärt und sich in jeder Weise hieran beteiligen wird. Nachdem der Vertreter der Dachdecker die schreienden Zustände und die Gefahren seines Berufes den Versammelten vor Augen geführt und sich für seine Kollegen ebenfalls im zustimmenden Sinne für die gemachten Vorschläge ausgesprochen hatte, gelangte die von der Lohnkommission der Maurer vorgeschlagene Resolution einstimmig zur Annahme. Mit der Weiterverfolgung der darin enthaltenen Bestimmungen wurde bis auf weiteres die Lohnkommission der Maurer betraut. Die Resolution hat folgenden Wortlaut:

Die Versammelten erblicken in den festgestellten Mißständen im Bauwesen eine natürliche Folge der hiesmütterlichen Behandlung des Bauwesens durch die sogenannte Arbeiterschutzgesetzgebung. Eine Aenderung dieses Zustandes ist nur möglich, wenn

1. der § 154 Abs. 4 der Reichs-Gewerbe-Ordnung in Kraft tritt und somit das Baugewerbe mit unter die Bestimmungen der §§ 189 bis 199 gestellt wird;

2. geeignete reichsrechtliche Unfallverhütungs-Vorschriften erlassen und obligatorisch eingeführt werden;

3. die Ueberwachung und Kontrolle derselben durch vom Unternehmer und den Berufsvereinigungen vollständig unabhängige Beamte, analog den Fabrikinspektoren, geschieht. Diese müßten wenigstens zur Hälfte von den Bauarbeitern frei gewählt und aus öffentlichen Mitteln besoldet werden.

Um diese Forderungen zu erreichen, erachten es die Versammelten für notwendig, daß sich alle Berufe des Baugewerbes für die Zukunft an der Feststellung der Mängel auf den Bauten beteiligen. Dieselben sind periodisch vorzunehmen und die Mängel in geordneter Weise in die Öffentlichkeit zu ziehen, um so gegen die Lücke in der Reichs-Gewerbe-Ordnung Protest einzulegen.

Da aber die Versammlung annimmt, daß an die Verwirklichung dieser Ziele vorläufig von den gegenwärtigen Körperschaften nicht gedacht wird, erachtet sie es als die Pflicht des Berliner Magistrats, von dem § 120d der Gewerbe-Ordnung Gebrauch zu machen und baupolizeiliche Schutzbestimmungen zu erlassen, welche dem Bauarbeiter in Bezug auf Leben und Gesundheit einen besseren Schutz als bisher gewährleisten. Um diesen wirksam durchzuführen, sind Kontrollen aus städtischen Mitteln anzustellen, welche das Vertrauen der Bauarbeiter gewinnen und daher aus freier Wahl letzterer hervorgegangen sein müssen. Die versammelten Baureisenden verpflichten sich, für die Beseitigung der Mängel auf Bauten thätig zu sein. Jeder besondere Mangel oder der infolge eines solchen sich ergebende Unfall ist sofort der Lohnkommission zu melden und derselben ein wahrheitsgemäßer Bericht zu erstatten.

Die Fischer und Polier der Firma Wenzel Nachfolger, denen eine Verhütung-Versammlung als „nicht angemeldet“ seitens der Behörde auf Hinweis des Unternehmers Missorisch gemacht wurde, haben nun in „öffentlicher“ Versammlung am Dienstag Abend bei Jubel Stellung genommen zu der seitens der Polier über den Betrieb der Firma Wenzel Nachfolger verhängten Sperre. Einleitend bemerkt Polier

Stramm, daß es doch den Unternehmern gelungen sei, zwei Streikbrecher zu finden. Redner verurteilte das Verhalten der betreffenden Arbeiter aufs Schärfste. Riezlich berichtet, daß der Mitinhaber Schulz den Arbeitern gedroht habe, sämtlich der Staatsanwaltschaft zu übergeben, falls sie sich mit den Anstößigen solidarisch erklärten. Alle weiteren Redner unterzogen das Verhalten der Unternehmer einer heftigen Kritik, welche zwei Politiker am selben Tage noch entliehen, an dem dieselben vor Gericht in einer gewerblichen Streitigkeit der Wahrheit entsprechende, allerdings zu ungunsten der Firma lautende Aussagen machten. Die Versammelten verpflichteten sich schlichtlich, dafür einzutreten, die Bemerkungen zu ihrem Rechte zu verhalten. Eine in diesem Sinne gehaltene Resolution fand einstimmige Annahme.

Der Verband der in Holzbearbeitungs-Fabriken beschäftigten Arbeiter Deutschlands, Filiale Berlin I, hielt am 8. d. M. bei Wille, Andreaskirche, seine regelmäßige Mitglieder-Versammlung ab. Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrte die Versammlung das Andenken des verstorbenen Genossen Grilander in der üblichen Weise. Sodann hielt Jahn einen Vortrag über die Arbeiterbewegung des 19. Jahrhunderts. Eine Diskussion fand nicht statt. Da die in der vorigen Versammlung vollzogene Wahl des Kollegen Glaubitz nachträglich angefochten wurde und derselbe infolge dessen sein Mandat wieder niedergelegt hatte, fand die Wahl des Revisors nochmals statt. Gewählt wurde wiederum H. Glaubitz. Zum Schluss forderte der Vorsitzende auf, mehr auf die Arbeiterzeitungen, insbesondere den „Vorwärts“, und nicht den „Vokal-Anzeiger“ und dergleichen Blätter zu abonnieren.

Das Rigdorfer Gewerkschaftskomitee stellte in seiner letzten Versammlung nach einem Vortrage Siegert's, der die Zustände der Ortskrankenkasse geisterte, 11 Kandidaten für die Delegierten-Wahlen zur Krankenkasse auf. Aus dem sehr interessanten Bericht der Legalarbeiter ist zu entnehmen, daß diese ehemals so blühende Industrie vom Orte fast vollständig verschwunden ist. Im letzten halben Jahrzehnt ist die Zahl der Webergesellen von 400 auf 70 herabgegangen. Wegen vorgerückter Zeit mußten die Berichte der Holzarbeiter und Steinsetzer vertagt werden. — Nicht anwesend war der Vertreter der Schuhmacher.

Arbeiter-Bildungsschule. Infanterie 10, v. d. Z. Mittwoh: Nationalökonomie (Grundgriffe der Nationalökonomie; Dr. Gont. 8. d. M. 1897) Donnerstag: Geschichte (Die vorgehliche Zeit und die ersten geschichtlichen Ueberlieferungen; Dr. Georg Seidler). Freitag: Geographie (Wirtschaftsgeographie, die sozialpolitische Fragestellung, Strafrecht, gemeinrechtliches Recht; Rechtsanw. Wolfgang Geine). Die Bibliothek ist von 8-9 Uhr geöffnet. Mitgliederbeitrag monatlich 20 Pf., Kurkurs (10 Abende) 1 M. pro Tag. Teilnehmer werden aufgenommen in der Schule und in 10g. Stellen: Goltz, Schulz, Admistr. 406; Reut. Darmstadt. 19; Schiller, Rosenhallerstr. 67; Glemert, Admistr. 78; Paul Wiede, Wartenstr. 128. G. König, Wartenhallerstr. 30. Alle Aufschreibungen sind an den Vorsitzenden Paul Wiede p. B. 50. Wartenstr. 128, Wartenhallerstr. an den Kassier G. König, S. Wartenhallerstr. 30, zu senden.

Verband deutscher Barbier, Friseur und Friseurinnen-Gesellen. Freitag, Donnerstag, abends 10 1/2 Uhr, bei Schiller, Rosenhallerstr. 67, Versammlung.

Berliner Naturhistorischer Verein. Gute Abend 8 1/2 Uhr im Saale des Vereins junger Kaufleute, Deutschstr. 20. Vortrag des Herrn Borlich über: „Die Herkunft des weiblichen Geschlechts und ihr Einfluß auf das Familienleben“.

Zentral-Arbeiter- und Arbeitervereine der Gegend. Die Ortsvereine des Bezirks und Umgebung versammeln sich am Freitag, den 12. d. M., abends 8 1/2 Uhr Koppenstr. 49 bei Schöning.

Briefkasten der Redaktion.

Wir bitten, bei jeder Anfrage eine Karte (zwei Buchstaben oder eine Zahl) anzugeben, unter der die Antwort ertheilt werden soll.

Die juristische Sprechstunde findet in dieser Woche am Mittwoch, Donnerstag und Sonnabend von 5 bis 7 Uhr abends statt.

101. Kreisbeschauer werden durch das Polizeipräsidium in Borislag gebracht und durch eine Kommission, bestehend aus Stadt-Physikus und Departements-Diagnostik geprüft. Senden Sie sich an das Polizeipräsidium, Nr. 0001, 1. Box in die lateinische Uebersetzung des Wortes König, 2. Nieder 6-6000 Kilometer.

H. R. Feuerbestattung. Matrone, Berlin C, Neu-Cölln a. B. 22.

Wetter-Prognose für Donnerstag, 11. November 1897.
Trocken, vorwiegend heiter, zeitweise neblig und kalt bei mäßigen östlichen Winden.
Berliner Wetterbureau.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Donnerstag, den 11. November.

Cyrenhaus. Oberon. Anf. 7 1/2 Uhr. Schauspielhaus. Das neue Weib. Anfang 7 1/2 Uhr.

Deutsches. Jugendfreunde. Anfang 7 1/2 Uhr.

Berliner. Mein Neopold. Anfang 7 1/2 Uhr.

Goethe. Falschmann's Tochter. Anfang 7 1/2 Uhr.

Reisinger. Hans Hudelein. Anfang 7 1/2 Uhr.

Neues. I. Disonesti. Pietro Caruso. Anfang 7 1/2 Uhr.

Reichens. Die vier Dimensionen. Vorher: Finale. Anfang 7 1/2 Uhr.

Schiller. Wallenstein's Tod. Anfang 8 Uhr.

Unter den Linden. Die Großherzogin von Gera. Anfang 7 1/2 Uhr.

Luisen. Das alte Lied. Anfang 8 Uhr.

Thalia. Tohu-Bohu. Anf. 7 1/2 Uhr. Offen. Klappen der Weltstadt. Anfang 7 1/2 Uhr.

Central. Berliner Fahrten. Anfang 7 1/2 Uhr.

Friedrich. Wilhelmshübsches. Der Weichentriener. Anf. 8 Uhr.

Welle-Alliance. Die Brautsahrt über Rang von Rosen. Anfang 7 1/2 Uhr.

Alexanderplatz. Im Sumpf. Anf. 8 Uhr.

Reichshallen. Spezialitäten. Anfang 8 Uhr.

American. Berlin, wie's näht und trennt. Anfang 8 Uhr.

Apollo. Spezialitäten. Anf. 7 1/2 Uhr.

Feen-Palast. Spezialitäten.

Urania

Taubenstrasse 48-49.
Naturkundl. Ausstellung täglich geöffnet von 10 Uhr vormittags ab, Eintritt 50 Pf. — Abends 8 Uhr Wissenschaftl. Theater.
Invalidenstrasse No. 57/62:
Täglich (ausser Sonntags und Mittwochs) abds 8 Uhr Wissenschaftliche Vorträge.
Näheres die Tagesanschlüge!

Passage-Panopticum.
Geöffnet von 5 Uhr früh bis 10 Uhr abends.
Wiener Tanz- und Operellen-Gesellschaft.
5 1/2 - 10 Uhr.

Castan's Panopticum.
Friedrichstr. 163.
Neu!!
Indisch-hindustanische Gaukler
— und —
Schlangen-Beschwörer.
Das BÄRENWEIB.

Ostend-Theater.
Gr. Frankfurterstr. 132. Dir. G. Welsch.
Klappen der Weltstadt.
Schauspiel in 4 Akten von C. Bauß.
Anfang 8 Uhr.
Im Tunnel von 7 Uhr ab: Grobes — Frei-Konzert —
Freitag, zum letzten Male: Am Klavier.
Sonabend: Unsere Reichshallen.
Sonntag: Scherzoper. Halbe Preise.
Abends: Klappen der Weltstadt.
In Vorbereitung: Leben und Tode. Volkst. u. Gef. v. D. Klein.
Ruff von Wanda.

Reichshallen-Theater.
Leipzigerstrasse 77.
Erfolg auf Erfolg!
Paxton's Galerie schöner Frauen.
Paul Backer, der Gipsfigurenhändler. Die tollen Morlays! Mel. Robert!
? Das flammende Räthsel?
Ganz Berlin steht Kopf!!
Anfang des Konzerts 7 1/2 Uhr, der Vorstellung 8 Uhr.
Entrée 50 Pfg.
Freitag, den 12. November: Bonifaz Blanchard, 15jähriges Jubiläum. Zum ersten Male: Sylvia, die moderne Sphinx, Atalante, der unsichtbare Flug.
Im Reichshallen-Tunnel: Militär-Graf-Konzert, Kapelle des 2. Garde-Regiments in Uniform.
Anfang 8 Uhr. Entrée 20 Pf.

Quarg's Vaudeville Theater
Grand-Hotel Alexanderplatz.
Heute, Donnerstag:
Klabrias-Parthie.
Toller Abend.
Freitag, den 12. November: Zum 1. Male: Das Model!
Vorher: mit Gesang und Tanz von Leonard Hasel. Das Abend, Schwan nach dem Französischen v. Malo. Wäcker. Dazu sämtliche Spezialitäten mit täglich neuen Nummern.

Thalia-Theater.
Donnerstag, den 11. November 1897:
Zum 27. Male:
Hôtel Tohu-Bohu.
(L'Auberge du Tohu-Bohu.)
Soubrette in 3 Akten von Maurice Ordonnant. Deutsch von Viktor Leon. Musik von Viktor Rogier.
Morgen: Derselbe Vorstellungsplan.

Gebrüder Herrnsfeld's 1. Original-Budapester Possen- u. Operellen-Theater
in Kaufmann's Variété.
Nur noch kurze Zeit die Sensations-Kassentücke
Ein Abend im Wintergarten und
Im Atelier.
Ueberraschende, hervorragende Spezialitäten.
Gustav Schmidt,
Phänomenal-Tenor.
Fernar d. brill. Humoristen-Trio Steinitz, Rose, Jürgensen. Marzella und Bertholdy, Equilibristen.
Erl. Hermine von Seldern, Wiener Walzer-Sängerin.
Anf. präz. 1/8 Uhr. Kassenöffnung 1/7 Uhr.
Vorbereitung:
Familie Kochsalz.
Original-Lustspiel von Gebr. Herrnsfeld.
Von Dreieid. Glückliche.
Gelegenheitsakt von Gebrüder Herrnsfeld.

Volks-Theater im Welt-Restaurant
97. Dredener-Strasse 97.
Novität! Täglich: Novität!
O diese Räder!
Vollen Bursche von O. Koeder.
Das Damenregiment.
Operette von G. — Musik von Eindd'scher.
Anfang: Sonntag 6 Uhr, Wochentags 7 1/2 Uhr.

Feen-Palast
22 Burgstr. 22.
Dir. Winkler & Fröbel.
Neu! Die Neu!
Gallet-Ratten.
Ganzgroßen Rich. Winkler und Wilhelm Fröbel.
Dazu das neue sensationelle November-Programm
u. a. Wopert Tris — Grotens Adolph u. Grotens — Metries — Frid Hanson — Ballet Barabina und die hier so beliebten lebenden Photographien.
Anfang 7 1/2 Uhr. Sonntag 8 Uhr.
Entrée 30 Pf. bis 1,50 M.

Concerthaus
Leipzigerstr. No. 48.
Täglich:
Hoffmann's Quartett
und
Humoristen.
Anfang: Sonntag 7 Uhr, Wochentags 8 Uhr.
Ganz neue Damen vom Ballet. Der Handschuh. Vesta. Zum 213. Male: Vene, liebe Vene.

Neue Welt
S. Hasenhalde 108.
Inhaber A. Fröhlich.
Jeden Sonntag: Spezialitäten-Vorstellung und Ball.
Empfehle meine beiden Säle (mit Theaterbühne) zu Winterfestlichkeiten jeder Art. Einige Sonntage sind noch frei. Vorstellungen für Sommerreise werden schon jetzt entgegengenommen. 32178.

Apollo-Theater.
Friedrichstr. 218. Dir. J. Glick.
Familie Neiss. Hr. Kapoli.
Carmen Faur.
Kaufmann's Kunst-Rad-fahrer-Troupe.
Robert Steidl.
Mlle. Berthe Duchamp.
Der Kosmograf.
Kasseneröffnung: 6 1/2 Uhr.
Anfang 7 1/2 Uhr.

Konzert-Sanssouci
Kottbuser Strasse Nr. 4 a.
Dir. P. Pierry.
Kritischer Leiter Jos. Wschinger.
Neu! Die Weichentriener. Neu!
Vollständ. mit Gesang von W. Grottes.
Ubergleichliche, sensationelle Spezialitäten.
Anfang des Konzerts: Wochentags 7 Uhr, Sonntag 8 Uhr.
Anfang der Vorstellung: Wochentags 8 Uhr, Sonntag 9 Uhr.
Grosser Ball.
Entrée: Wochentags 30 Pf., Sonntag 50 Pf.
Wochentags-Partouts gültig.
Diese Vorstellungen finden jeden Sonntag, Dienstag und Donnerstag statt.
H. Pierry.

Maehr's Theater
Oranienstrasse 24.
Täglich
Theater- u. Spezialitäten-Vorstellung.
Novitäten-Programm.
u. a.: Deta Waldau, u. a.: bühnische Kostüm-Soubrette.
Neu! Mr. Gilson Neu!
und Miss Margaritta,
Jongleur und Gaukler.
Neu! Ein Blausumpf. Neu!
Anfang: Wochentags 8 Uhr, Sonntag 6 Uhr.
Preise wie gewöhnlich.

Alcazar
Variété-Theater I. Rang.
Dredenerstrasse 52/53 (Alte-Passage) Kamenstrasse 42/43.
Direktion Richard Winkler.
Bornehmer Familien-Kassentakt. Neu!
Novität! Neu!
Der Herzführer.
Große Aufführungs-Operette in 1 Akt von Prop. G. — Musik von Holländer. Neu!
Vorher: Neu!
In tausend Aengsten.
Lustspiel in 1 Akt.
Auftreten sämtl. Kunst-Spezialitäten.
Wochentags 8 Uhr.
Anfang: Sonntag 6 1/2 Uhr.
Entrée 30 Pf.
Kellerstr. Platz 50 Pf.

Circus Busch
(Bahnhof Börse).
Donnerstag, 11. Novbr. abds 7 1/2 Uhr:
Gala-Abend.
Die vorzüglichsten Hengste, in Freiheit dress. und vorgef. v. Dir. Busch. Pferd u. Elefant. Originaldressur d. Sign. Corradini. Auftreten der berühmten Schutzeiterin Mme. Maria Doré. Gr. russ. Schlingquadrille. geritten von 6 Damen und 6 Herren. Der Amerikaner und der dress. Elefant. höchst komische Entsch. Gebr. Batta: Eine Selecte-Verfahrn an der Hirtenscheide zum Schluss.
Nach Sibirien.
Das großartigste aller Wandge-Schauspiele.
Morgen: Nach Sibirien.
Handwäscher!
Empfehle mich den geübten Herrschaften. Balde zum billigen Preise: Laten 10, Bezug 10, 4 Dandischer 10, 4 Taktentlicher 10 Pf. u. f. m. [11886] Frau Flügel, Köpenick, Rich. Nr. 20.
Schlafopfer, Bettstellen, Matrassen, verschiedene Wirtschaftssachen spottb. 17796
Thiele, Vangstr. 10.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.
(Verwaltungsbüro Berlin).
Codes-Anzeige.
Am 9. November starb unser Mitglied, der Schlosser 192/6
Wilhelm Hellmann.
(Esre keinen Andenten!)
Die Beerdigung findet am Donnerstag, nachmittags 2 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Krankenhauses am Urban nach dem Freiwilligen Friedhof in der Pappel-Allee statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Die Ortsverwaltung.

Sozialdemokratischer Wahlverein f. d. H. Berl. Reichstags-Wahlkreis.
Todes-Anzeige.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Mitglied, der bedachte Parteigenosse, Schlosser
Wilhelm Hellmann
im Alter von 28 Jahren gestorben ist. 239/3
Die Beerdigung findet heute, nachmittags 2 1/2 Uhr, vom hiesigen Krankenhaus am Urban nach dem Freiwilligen Friedhof, Pappel-Allee, statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Charlottenburg.
Todes-Anzeige.
Allen Genossen und Genossinnen die traurige Nachricht, daß meine liebe Frau
Auna Flemming
geb. Wschinger
am 8. November, morgens 5 Uhr, nach schwerem Leiden sanft entschlafen ist. Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 11. November, nachmittags 2 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des hiesigen Krankenhauses, Fachsenbrunner Weg (Wendend) statt.
Der trauernde Vater:
Otto Flemming.

American-Theater.
Dredenerstr. 55.
Donnerstag, den 11. November 1897:
Kolossaler Erfolg! Sturmischer Beifall! Zum 61. Male:
Berlin wie's näht und trennt.
Vollständ. mit Gesang in 2 Akten v. C. G. — Musik von R. Schmidt.
Der Traum von Bayreuth.
Vard Traumbild.
Hugo Schütz als Hermann Vind Stoder Wolt, Soubrette.
Emmy und Ernst Rebenstich als Juliantin-Cheban.
Paul Wendig, Humorist.
Anfang der Vorstellungen: Sonntag 7 1/2, Wochentags 8 Uhr.

Für 10 Mark
lieber Stoff zu einem H. Herren-Winterpaletot, für 5 M. liebere Stoff zu einem kompletten Herrenanzug, für 8-10 M. feinen, für 12 M. guten Samananzug oder Oberst. Keine zu Knabenanzügen sehr groß 2-3 M.
Man überzeuge sich im Riesenstofflager
Krausenstr. 14, I., kein Laden.
Kopiermeister erweist unentgeltlichen Slavien, Poln., Zither-unterricht. Briefe „Kogart“ Berliner Zeitung. 17266
Winterpaletots, Remontirungen, Gold-, Silber-, Operring, Spatül, Plandische, Reanderstr. 8.
Bilg! Reher's, Knägen, Bilg!
Rüchsenkleider, Anaben - Knägen und Paletots sehr preiswerth.
O. Hoffmann, Strassenstr. 14.

Ausserordentliche General-Versammlung
der Mitglieder der
Allg. Sterbefälle für Männer und Frauen zu Berlin
(chem. Sterbefälle der Maschinenbau-Arbeiter etc.)
Sonntag, den 14. November, vorm. 10 Uhr, im Englischen Garten (oberer Saal), Alexanderstr. 27b.
Tages-Ordnung:
1. Bericht des Vorstandes.
2. Antrag des Vorstandes über einen Antrag zu § 16 des Statuts.
3. Wahl eines Revisors.
4. Bestätigung der vom Vorstand gewählten Kassenbeamten laut § 23 des Statuts. 1774b
Das Quittungsbuch resp. Quittung der Sterbefälle legitimiert.
Der Vorstand:
T. Riedel, 1. Stellvert. Vors., Wadestraße 56.
NB. Mitglieder, welche ihre Adresse resp. Wohnung in der Krausenstr. 10 noch nicht angegeben haben, werden gebeten, unter Angabe der Buch-Nummer, dasselbe möglichst umgehend zu thun.

Berichtigung.
In dem Anzeiger der Orts-Krankenkasse der Maschinenbau-Arbeiter und verwandter Gewerbe zu Berlin muß es unter 5. Antrag Bauer heißen.

Homöopathische Poliklinik,
Brunnen-Strasse 14.
für Haut-, innerer, Kinderkrankheiten etc. täglich (auch Sonntag) von 12 1/2 - 2 Uhr
Schaufgeschäft billig zu verkaufen, Schwarzenbühl 11.
Lausitzer Platz 13.
Geld in den mit 2 Stunden und Rebengetag zu vermieten 17696

Arbeitsmarkt
Achtung! Achtung!
Holzarbeiter!
In der Wäldfabrik von 1288/7 Eberhardt, Michelbrüde 1, Komptoir Holzmarktstr. 21, stehen 65 Tüchtler, 5 Drechsler und 25 Polier im Streit Zuzug ist fernzubalten.

Warmor-Sauer
verlangt Weihenle, Köllstr. 129.
Yehu Karton-Arbeiterinnen,
gebild. u. Wohl. Neue Friedrichstr. 48.
1. Facharbeiter und 1. Hilfsarbeiter verl. Arbeit, Vignetterstr. 15. 1747b
Barodrahmen - Bergolder werden verlangt Kottbuser Ufer 32. 1762b
Schriftleiter verlangt Ad. Götter, Marzstr. 44, 2 Tr. 1775b
Schlosser, welche selbständig arbeiten (Kolonnenführer), verl. Thurnstr. 68. 1776b
Mechaniker auf Nähmaschinen verlangt Riesel, Rosenhallerstr. 31.
Bader, welche in Goldleihenarbeit gearbeitet, verlangt 1778b
A. Wertmeister, Schindlerstr. 8a.

Blechspanner
auf dünne Stahlbleche sucht
S. J. Wendeim, Badstr. 40/41.
Karton-Arbeiterinnen
verlangt
A. Eisenstadt, Deutschstr. 5.
Pappenzuschneider verl.
A. Eisenstadt, Deutschstr. 5.
Tüchtige Schlosser für Hinterwagen-Kasten bei hohem Lohn gesucht 35523
S. J. Wendeim, Badstr. 40/41.

